

# **b** unabhängige **auernstimme**



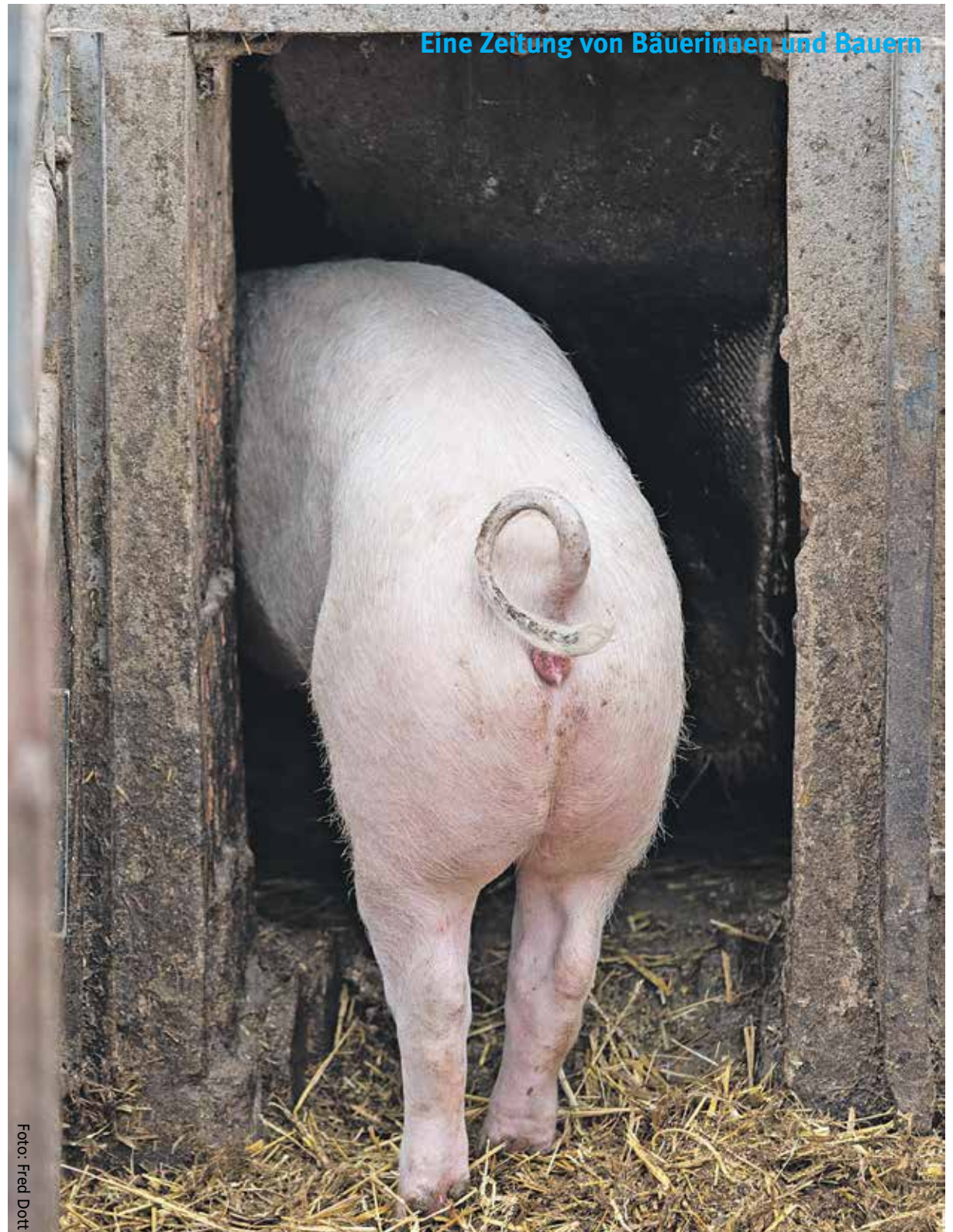
Umweltschonendes wirtschaften braucht verlässliche Marktpartner, politische Rahmenbedingungen und Förderungen



Bauern und Bäuerinnen weltweit brauchen faire Preise um auskömmlich und ressourcenschonend wirtschaften zu können



Mehr Biodiversität kann auch durch mehrere Kulturpflanzen auf einer Fläche entstehen



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Fred Dorr

## **Zeigen, was man hat**





**Die Seite 3**

„Lobbyisten gibt es auch in Berlin“ ..... 3



**Agrarpolitik**

EU-Wahl bestimmt GAP-Reform ..... 4  
 „Billig und viel“ ..... 5  
 Die Düngeverordnung und Panikmache ..... 6  
 Resigniert im Regen ..... 7



**Bewegung**

Bäuerliche Interessenvertretung ..... 8  
 Fehlende Soja-Fläche kippt Stall-Genehmigung ..... 10  
 Gärtnern mit Skyline ..... 17  
 Die Hölzerne Revolution ..... 18  
 Raum für unterschiedliche Lebenswelten ..... 20  
 Ökolandbau im Unterricht unterrepräsentiert ..... 20  
 Ein Kampf gegen Pestizide ..... 21



**Schwerpunkt**

Ein Haltungs-Sortiersystem für den Anfang ..... 11  
 Was kostet ein Stufenschwein ..... 12  
 „Für mich ist das krasses Politikversagen“ ..... 13  
 „Konventionelle Betriebe überlegen artgerechte Tierhaltung“ 14



**Märkte**

Biokartoffeln und Unternehmensverantwortung ..... 15  
 Geht nicht gibt's nicht ..... 15

Zu Besuch bei Angela Müller und Seb Schäfer, Seite 9; Gentechnik Seite 16; Landleben, Seite 19; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/ Impressum, Seite 23



**Starke Stufen - nicht nur für den Handel!**

**D**er bunte Strauß des Lebensmitteleinzelhandels an unterschiedlichen Haltungskompassen, Tierwohlkennzeichnungen etc. hat sich seit dem 1. April diesen Jahres vereinheitlicht in der sogenannten Haltungsform. Hier finden nun für verpackte Ware die Verbraucher\*innen Stufen in aufsteigender Wertigkeit für mehr Tierwohl zwischen 1 bis 4, wobei die Stufe 1 dem gesetzlichen Standard und die Stufe 4 Standards wie Bio, die Premiumstufe des deutschen Tierschutzbundes und Neuland beinhaltet. Das staatliche Tierwohl-Siegel soll 2020 für den Bereich Schwein folgen. Die teilnehmenden Lebensmitteleinzelhändler an der Haltungsform haben schon angekündigt ihr System sehr wahrscheinlich in dem staatlichen Label aufgehen lassen.

Soweit so bekannt. Für die zukünftige Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung werden von zentraler Bedeutung sein: Der Wille bzw. Nicht-Wille zur politischen Flankierung von möglichen Umbauprogrammen die Begleitung bzw. Nicht-Begleitung (Verhinderung) eines möglichen Umbaus durch die landwirtschaftlichen Interessensvertretungen die (Preis-)Platzierung der einzelnen Produkte in den jeweiligen Stufen in der Ladentheke und natürlich nicht zuletzt die Akzeptanz der Verbraucher\*innen mit einhergehender Zahlungsbereitschaft. Das die Produktion unter den Bedingungen in den unterschiedlichen Stufen nicht zum gleichen Preis zu haben sein wird, ist selbstredend, heißt aber noch lange nicht, dass es auch zu auskömmlichen Erzeuger-Preisen führt. Das Beispiel aus dem Milchbereich, wo ein namhafter Discounter seine Trinkmilch im Norden ausschließlich als „Weide-Milch“ zum selben Preis vermarktet wird, ist ein Beispiel für steigende Standards die quasi eingepreist werden. Wo also liegen für bäuerlich geprägte Betriebe die Chancen in der Differenzierung des Marktes? Positive Beispiele gibt es. So ist die Rebio Erzeugergemeinschaft aus Baden-Württemberg schon vor einigen Jahren eine Partnerschaft mit langfristigen Verträgen für Bioland-Schweinefleisch mit der EDEKA Südwest eingegangen. In der gleichen Zeit ist dies auch der EZO Süd mit konventionellen Schweinefleisch ebenfalls mit der EDEKA-SüdWest gelungen. Das Programm „Hofglück“ wird nach den Richtlinien der deutschen Premiumstufe des deutschen Tierschutzbundes produziert. Pionier bzgl. artgerechtere Tierhaltung und damit auch Ausgangspunkt in dieser Region war das bäuerliche Neuland-Programm. Originär Neuland ist die Zusammenarbeit zwischen der Neuland Fleischvertriebs GmbH im Westen mit der Belieferung von ALDI-Testmärkten. Dies sind alles Vorboten einer Differenzierung des Marktes im klassischen Lebensmitteleinzelhandel. Allen drei Beispielen liegt zugrunde, dass hier auf Augenhöhe mit schier übermächtig geglaubten „big Playern“ der Lebensmittelbranche verhandelt wurde und es ist allen drei gelungen auskömmliche Erzeugerpreise für bäuerlich geprägte Betriebe mit langfristigen Verträgen zu verbinden.

Sicherlich kann man dem entgegenhalten, dass es sich hier um „Nischenbeispiele“ in einem Nachfrage- bzw. Testmarkt handelt und sich das Groß der Missstände in der Tierhaltung wie auch in der Bezahlung der Erzeuger durch die nun eingeführte Haltungsform und dem möglicherweise folgenden staatlichen Tierwohllabel nicht viel verändern wird. Aber die Differenzierung bietet nun mal die Chance überhaupt auf breitflächiger Ebene den Markteinstieg in eine verbesserte Tierhaltung zu bekommen. Dass dies nicht nur Image-Programme des Lebensmitteleinzelhandels werden, sondern bäuerlichen Betriebe eine Perspektive bieten, liegt auch an Bäuerinnen und Bauern, deren Interessensvertretungen und natürlich auch an den Verarbeitern und Vermarktern. Es bleibt wie es ist: Es gilt sich einzumischen!

*Christoph Dahlmann,  
 Geschäftsführer Biofleisch NRW eG / Neuland Fleischvertriebs GmbH*

## „Lobbyisten gibt es auch in Berlin“

Die grüne Europa-Abgeordnete Maria Heubuch resümiert ihre Arbeit in Brüssel

*Unabhängige Bauernstimme: Frau Heubuch, Sie blicken zurück auf fünf Jahre im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg. Denken Sie, dass Europa in dieser Zeit mehr zusammengewachsen ist oder eher das Gegenteil?*

Maria Heubuch: Ganz nüchtern betrachtet, muss man sagen, dass die europäische Idee durch den Brexit natürlich einen Rückschlag erlebt hat. Das bedauere ich sehr. Denn gerade angesichts der Herausforderungen, die sich stellen, wie z. B. beim Klimawandel, dem Verlust der Biodiversität, aber auch beim Umgang mit Migration, müssen wir verstärkt zusammenarbeiten. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Rede des österreichischen Präsidenten Alexander Van der Bellen vor dem EU-Parlament im Februar 2017. Angesichts der populistischen Bewegungen in mehreren EU-Staaten, allen voran Großbritannien, hat er damals die rhetorische Frage gestellt, welche der großen anstehenden Probleme der Einzelstaat besser lösen könnte als die Europäische Union? Kein einziges.

*Aber zieht die EU wirklich an einem Strang? Oft hat man den Eindruck, dass in Brüssel nur sehr wenig vorangeht. Das beste Beispiel aus Ihrem Bereich ist wohl die Reform der GAP, wo es nach der Abstimmung im Agrarausschuss ja eher nach einem „Weiter wie bisher“ aussieht, obwohl die Herausforderungen, welche die EU angehen müsste, enorm sind.*

Bei der GAP-Reform ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Nur 27 Abgeordnete stimmten dafür, 17 waren dagegen – das ist für den traditionell konservativen Agrarausschuss eine sehr knappe Mehrheit. Nach den Europawahlen werden die Karten neu gemischt. Das Plenum könnte dann auch ganz anders entscheiden.

Bei der GAP-Reform und bei allen anderen europäischen Gesetzen hat natürlich auch die deutsche Regierung ein entscheidendes Wort mitzureden. Das wird häufig vergessen. Nationale Regierungen sind Meister darin, unliebsame Entscheidungen auf Brüssel abzuwälzen. In Wahrheit sitzen sie aber mit am Tisch und gestalten jeden Politikprozess mit.

*Die obligatorische Frage: Wie stark ist der Einfluss der Lobbyisten in Brüssel?*

Lobbyisten gibt es auch in Berlin. Es ist normal und nachvollziehbar, dass Wirtschaft und Zivilgesellschaft sich organisieren, um zu versuchen, wichtige politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das Problem in Brüssel ist jedoch, dass viele politische Prozesse öffentlich kaum oder erst zu spät wahrgenommen werden. Für die Demokratie ist das problematisch. Denn es braucht die öffentliche Aufmerksamkeit, um z. B. unlautere Einflussnahme durch Lobbyisten zu beschränken. Wir Grünen haben viel dafür getan, hier mehr Transparenz zu schaffen. Wir haben u. a. durchgesetzt, dass Abgeordnete in Zukunft öffentlich machen müssen, mit welchen Lobbys sie sich während der Erarbeitung von Gesetzen treffen.

*Schafft es die EU, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen, oder kümmert sie sich immer noch zu sehr um Kleinigkeiten?*

Es gibt genug Beispiele von wichtigen Initiativen auf EU-Ebene. Die EU-Ombudsfrau z. B. leistet vorbildliche Arbeit, sie hat u. a. Schlampereien beim EU-Zulassungsverfahren von Pestiziden aufgedeckt. Diese gute Arbeit kriegen aber die EU-Bürger\*innen zu wenig mit. Noch immer geistern alte Kamel-

len in den Köpfen herum, wonach die Europäische Union sich mit der Krümmung von Gurken und ähnlichem beschäftige, anstatt die wirklich großen Probleme anzugehen. Kommissionspräsident Juncker hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, diesen Eindruck nicht entstehen zu lassen: Die EU solle sich um die großen Probleme kümmern anstatt um das Klein-Klein. Das ist richtig, doch auf dem Weg zu den großen Lösungen, wie z. B. einer EU-weiten Umsetzungsstrategie für die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, kann auch die Summe von vielen kleinen Entscheidungen viel ausmachen. Welche Elektrogeräte die Europäer\*innen verwenden, wie viel Fleisch sie essen und wie viele Flugreisen sie unternehmen, ob Lebensmittel in Plastik eingepackt sind oder in Papier, all das fällt für den ökologischen Fußabdruck ins Gewicht. Deshalb begrüße ich es, wenn Europa seinen Bürger\*innen bei diesen täglichen Entscheidungen hilft und etwa dafür sorgt, dass Einwegplastik durch nachhaltigere Lösungen ersetzt wird.

*Ihre Vision der EU ist also eine Union, die den Bürger\*innen viele kleine Alltagsentscheidungen erleichtert?*

Wie gesagt, ich halte das für eine

durchaus sinnvolle europäische Aufgabe. Gleichzeitig darf sich die Union natürlich nicht darin erschöpfen. Meine Vision der Europäischen Union ist, dass Werte wie Umweltschutz, sozialer Zusammenhalt und globale Gerechtigkeit, die bereits jetzt in den Verträgen festgeschrieben sind, stärker zum Tragen kommen. Viele sehen die EU ja in erster Linie als wirtschaftliches Projekt, als Vehikel, um Europa auf dem Weltmarkt gegen China und die USA zu verteidigen. Doch damit die Bürger\*innen sich wirklich mit der EU identifizieren können, braucht es mehr. Man sollte sich darauf verlassen können, dass die rumänische Arbeiterin auf dem niedersächsischen Schlachthof fair behandelt und bezahlt wird. Dass auch zukünftige Generationen in Südspanien noch sauberes Wasser trinken können, weil das Grundwasser nicht durch die intensive Gemüseproduktion aufgebraucht wurde. Dass Europa seine Verantwortung in der Welt wahrnimmt und etwa dafür sorgt, dass sich die GAP nicht negativ auf Entwicklungsländer auswirkt. Das ist meine Idee von Europa, für die ich die letzten Jahre gekämpft habe.

*Vielen Dank für das Gespräch! aö*



Maria Heubuch, Milchbäuerin und Mitglied des Eu-Parlaments

Foto: Privat



## EU-Agrarausschuss für Marktkrisen-Vorsorge

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes will die Agrarmarktordnung der EU ab 2020 durch ein ganzes Bündel an zusätzlichen Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung schwerer Marktkrisen ergänzen. Am 1. April stimmte er mit großer Mehrheit dafür, dass die EU-Kommission eine Beobachtungsstelle mit einem „Frühwarnmechanismus“ einrichtet, um schnell über Marktstörungen insbesondere durch erhebliche Preissteigerungen oder Preisstürze zu informieren. Wird eine Marktstörung festgestellt, soll die Kommission einen Bericht mit möglichen Gegenmaßnahmen vorlegen. Als neue Krisenmaßnahme sehen die Abgeordneten „Regelungen zur Volumenreduzierung“ vor, also zur Verringerung der Erzeugung. Um diese Reduzierung zu erreichen, sollen zunächst Beihilfen für Mengendisziplin gezahlt werden, wie sie 2016 für den Milchmarkt angewendet worden waren. Sollte das nicht ausreichen, soll die Kommission die Regelung so erweitern, dass alle Erzeuger im betreffenden Sektor, die ihre Erzeugung Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres erhöhen, eine Abgabe zahlen müssen. Auch den Artikel 148 GMO will der Ausschuss erweitern: Wenn vom Mitgliedstaat Milchlieferverträge vorgeschrieben sind, sollen nun entweder ein fester Preis oder Preisfaktoren „auf der Grundlage objektiver Produktions- und Marktkostenindikatoren, die problemlos zugänglich und verständlich sind“, im Vertrag stehen. Die Obergrenze für die von einer Milchproduzentenorganisation verhandelten Milchmenge will der Ausschuss von 3,5 auf 4,5 Prozent der EU-Milchmenge erhöhen. *uj*



EU-Parlament nimmt Forderungen des Milchbauern-Protestes auf Foto: Jasper

## Klößner-Neues zur GAP-Reform

Beim EU-Agrarministerrat am 15. April hat sich Bundesministerin Julia Klößner dafür ausgesprochen, dass die EU-Agrarpolitik nach 2020 einen „größeren Beitrag zu Umwelt-, Natur- und Klimaschutz leistet und dabei für die Landwirte Anreize setzt“. Sie unterstützte den Vorschlag der EU-Kommission, dass alle Mitgliedstaaten die neuen Öko-Regelungen einführen müssen. Zudem teile sie die Forderung u.a. aus dem EU-Parlament, für diese neuen Öko-Regelungen ein Mindestbudget festzulegen. Konkreter wurde Klößner nicht. Zur neuen Konditionalität sagte sie, dass es bei den wichtigsten Standards verpflichtende EU-weite Vorgaben geben müsse. So solle für nicht-produktive Flächen einschließlich Hecken, Feuchtgebiete und Brachen ein „EU-weit einheitlicher, substantieller Mindestanteil“ festgesetzt werden. *uj*

## Plattform-Vorschläge für Honorierungen

Eine breite Verbände-Plattform (mit Abl) hat Vorschläge vorgelegt, wie Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für Umwelt, Klima und Tierschutz nach dem Jahr 2020 im Rahmen der neuen Öko-Regelungen der 1. Säule gezielt honoriert werden sollen. Geeignete Maßnahmen seien u.a. extensive Grünland- und Ackernutzung jeweils unter Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und mineralische Düngung; Anbau von Leguminosen ohne Pflanzenschutzmittel und Düngung; extensive Weidehaltung; Brachen; Blüh- und Nützlingstreifen; Lichtäcker und Streuobstwiesen. Auch ein hoher Anteil an Landschaftselementen, Dauergrünland unter Beweidung und eine hohe Kulturartenvielfalt im Betrieb seien honorierungswürdig. Tierschutzmaßnahmen wie Stroheinstreu, Auslauf oder ein deutlich erhöhtes Platzangebot sollen ebenfalls hierüber förderfähig werden. Die Vorschläge im Netz: [www.bund.net/stellungnahme-eco-schemes](http://www.bund.net/stellungnahme-eco-schemes) *uj*

# EU-Wahl bestimmt GAP-Reform

EU-Agrarausschuss stimmt für Kappung und schwächt Umweltniveau stark ab

**K**urz vor der Europawahl hat der federführende Agrarausschuss des Europäischen Parlaments seine Position zu den Vorschlägen der EU-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach dem Jahr 2020 festgelegt. Zu den neuen Förderregeln in der 1. und 2. Säule fasste er u.a. folgende Beschlüsse:

### Kürzung ab 100.000 Euro

Es soll eine grundsätzlich EU-weit verpflichtende Kappung der Direktzahlungen ab 100.000 Euro je Betrieb und Jahr geben. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene degressive Kürzung bereits ab 60.000 Euro lehnt der Ausschuss ab. Dafür aber will er nicht die vollen, sondern nur die Hälfte der Lohnkosten vor der Kappung kürzungsmindernd von den Direktzahlungen abziehen. Hierbei sollen die Mitgliedstaaten die tatsächlich gezahlten Löhne, Abgaben und Lohnsteuern ansetzen können oder „durchschnittliche Standardgehälter“ für vom Landwirt anzugebende Jahresarbeitseinheiten. Anders als die Kommission, will der Ausschuss Direktzahlungen für Ökoregelungen (Eco-Schemes) und Junglandwirteprämien von der Kappung ausnehmen.

### Aufschlag für erste Hektare

Den Zahlungs-Aufschlag für die ersten Hektare je Betrieb will der Ausschuss (wie die Kommission) für alle Mitgliedstaaten verbindlich machen, wofür er zudem einen Mindestanteil von 5 Prozent des Direktzahlungsbudgets im Land vorsieht. Wenn ein Mitgliedstaat mindestens 10 Prozent hierfür einsetzt, soll er auf die Kappung verzichten können (heute liegt die Schwelle bei 5 Prozent, Deutschland nutzt hierfür 7 Prozent). Die Anzahl der förderfähigen ersten Hektare soll auf die durchschnittliche Betriebsgröße des Mitgliedstaates begrenzt werden. Die Junglandwirteprämie soll nicht mehr nur fünf, sondern sieben Jahre lang ab Betriebsübernahme gezahlt, aber auf die Durchschnittsbetriebsgröße im Land begrenzt werden.

### Neue Öko-Regelungen

Entgegen dem Wunsch maßgeblicher deutscher CDU/CSU-Abgeordneten unterstützt die Mehrheit im Agrarausschuss den Kommissionsvorschlag, dass alle Mitgliedstaaten „Öko-Regelungen“ (Eco-Schemes), also aus Direktzahlungen finanzierte Förderangebote für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen in der 1. Säule einführen müssen. Der Ausschuss will hier auch Tierwohl-Maßnahmen aufnehmen. Die Förderhöhe soll einen Anreiz enthalten

und somit über den Ausgleich der entstandenen Mehrkosten und Einkommensverluste hinausgehen. Wie viel Geld für diese Öko-Regelungen mindestens eingesetzt werden, das hatte die EU-Kommission offengelassen. Der Agrarausschuss stimmte nun für mindestens 20 Prozent der Direktzahlungen. Das bleibt unter den 30 Prozent, die das heutige Greening umfasst. Zudem deckelt der Ausschuss das Potenzial der Öko-Regelungen, indem er für die Basis-Prämien einen Anteil von 60 Prozent der Direktzahlungen reklamiert.

### Umwelt-Konditionalität geschwächt

Eine (weitere) Abschwächung des Umweltschutzniveaus gegenüber dem Kommissionsvorschlag wird u.a. dadurch befürchtet, dass der Agrarausschuss einige Mindest-Umweltstandards aus den neuen generellen Grundanforderungen (Konditionalität) in die Öko-Regelungen verschieben will: Hatte die Kommission vorgeschlagen, einen (noch unbezifferten) Mindestanteil an „nicht produktiven Flächen“ für den Artenschutz zu einer Bedingung für den Erhalt von Direktzahlungen zu machen, so will der Agrarausschuss diesen Mindestanteil aus der Konditionalität streichen und nur als freiwillige Öko-Regelung fördern. Den generellen Schutz von „Feuchtgebieten und Torfflächen“ will der Ausschuss nur auf „sensible Gebiete innerhalb von Natura 2000-Gebieten“ beschränken und ansonsten ebenfalls über Öko-Regelungen fördern. Ebenfalls kontraproduktiv für den Klimaschutz ist, dass er einen Rückgang des Dauergrünlandanteils im Land von 5 Prozent gegenüber 2018 (oder früher) zulassen will. Den Vorschlag der Kommission, die Winterbegrünung von Ackerflächen in der Konditionalität einzufordern, schwächt der Ausschuss ebenfalls ab in „Mindest-Bodenbedeckung oder Maßnahmen zur Erosionsbegrenzung“. Generell sollen die Mitgliedstaaten sowohl die Teilnahme an Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen der 2. Säule als auch an den neuen Öko-Regelungen der 1. Säule als Nachweis für die Einhaltung der Konditionalität anerkennen können.

### Beschlüsse nicht bindend

Bereits vor der Abstimmung war klar, dass das Plenum des Europäischen Parlaments darüber nicht mehr vor der Europawahl entscheiden wird. Das neue Parlament kann frei entscheiden, was es mit den Beschlüssen des „alten“ Ausschusses macht, zumal z.B. der Umweltausschuss teilweise ganz anderes beschlossen hat. *uj*

# „Billig und viel“

Afrikanische Milchbauern appellieren Überschussproduktion einzudämmen

**M**ilch ist in Afrika nicht einfach nur wichtig, sondern ausgesprochen wichtig.“ Während sie das sagt, blickt Korotoumou Gariko, Milcherzeugerin und Leiterin einer Kleinmolkerei aus Burkina Faso, ernst nach vorn zur Bühne. Hier, nahe dem EU-Ratsgebäude in Brüssel, haben sich am 10. April ihre Kollegen aus Mali, Senegal, Mauretanien und Niger mit europäischen Milchbäuerinnen und -bauern sowie einem breiten Bündnis aus Organisationen der Zivilgesellschaft versammelt. In einer gemeinsamen Deklaration fordern sie die EU auf, schädliche Überschüsse und Dumping in Zukunft zu vermeiden.

Für die lokale Produktion in Afrika stellen insbesondere die ansteigenden Importe aus fettangereichertem Magermilchpulver Probleme dar. „In Niger sind wir nicht glücklich über die schlechte Qualität der importierten Milchprodukte. Sie sind mit Palmöl angereichert, ohne dass die Bevölkerung dazu informiert wird“, erklärt die Milchbäuerin und Gründerin eines regionalen Milchnetzwerks Wouro Habsatou Aboubacar die Situation in ihrem Land. Sie hält dabei eine Miniaturkuh in den Farben Nigers in den Händen. Palmöl ist zwölfmal billiger als Milchfett. Es ist für einheimische Erzeuger kaum möglich, mit diesen Billigimporten zu konkurrieren. So kostet beispielsweise in Burkina Faso ein Liter pasteurisierter einheimischer Milch umgerechnet ca. 91 Cent im Gegensatz zu 34 Cent für einen Liter Milch aus Pulvergemisch.

Es geht den Veranstaltern der Aktion nicht darum, Importe pauschal zu verurteilen. Es sollte allerdings eine Balance existieren und insbesondere Billigimporte dürfen nicht überhand nehmen. Erste Reaktionen

von Vertretern der EU-Kommission zum Anliegen der afrikanischen Erzeuger lassen allerdings vermuten, dass die aktuellen negativen Auswirkungen der Billigimporte hier noch stark unterschätzt werden.

Für Koen Van Troos von Tierärzte ohne Grenzen, einem Mitveranstalter der Aktion in Brüssel, ist ein Umdenken in der EU jedoch sehr wichtig. „Unsere Arbeit vor Ort, die beispielsweise aus Veterinärleistungen sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Futter und zur Entwicklung der Milchwertschöpfungskette besteht, kann wenig ausrichten, wenn sich die EU-Politik nicht ändert“, so Van Troos.

Es geht darum, die starke Überproduktion, die für die EU charakteristisch ist und auch hier zahlreiche Krisen hervorruft, zu beenden. Vertreter des europäischen Milchzeugerverbandes European Milk Board plädieren daher für den Einsatz eines Kriseninstrumentes in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Die lokale Milchwirtschaft in Westafrika bietet ein wichtiges Potenzial an Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten, das ausgebaut und nicht weiter bedroht werden sollte. Die burkinische Milchbäuerin Korotoumou Gariko verweist in diesem Zusammenhang auf ein großes Problem, das ein Ende der lokalen Milchproduktion in Westafrika für die Familien vor Ort mit sich bringen würde: „Es sind insbesondere die Frauen, die in der Milchbranche arbeiten. Mit dem Geld ernähren sie ihre Familien und können die Kinder zur Schule schicken. Tötet man also die Milch in Burkina Faso, dann tötet man auch die Familien.“

*Silvia Däberitz,  
European Milk Board (EMB)*

## N-Untersuchungen differieren extrem

Im Rahmen der Diskussion um die Düngeverordnung geht es immer auch um genauer eventuell schlagbezogene Bedarfsermittlungen, die gefordert werden. Schon im Zusammenhang mit der 2017 in Kraft getretenen Reform erhöhten sich die Anforderungen, so dass vermehrt Bodenproben mit dem Auftrag der Stickstoffgehaltsbestimmung in Labore geschickt werden. Laut Bauernzeitung wunderte man sich in einem Maschinenring in Sachsen-Anhalt in diesem Frühjahr über zum Teil sehr hohe Messergebnisse, führte dies aber zum Teil auf die extreme Trockenheit zurück. Nichts desto trotz machten Mitarbeiter die Probe aufs Exempel und schickten von mehreren Ackerschlägen gleichartig gezogene Proben in unterschiedliche private Untersuchungslabore. Die Ergebnisse sind erschreckend: sie sind sehr unterschiedlich und differieren im extrem um bis zu 300 kg/N pro Hektar. Man wolle die Labore gar nicht an den Pranger stellen, so die Aussage des Maschinenrings, aber von den Bauern und Bäuerinnen zu verlangen einen hohen Untersuchungsaufwand zu betreiben, mache eben auch nur Sinn, wenn die Labore das auch täten. Offenbar sind sie durch die gestiegene Anzahl an Proben im Zusammenhang mit der 2017 veränderten Düngeverordnung überfordert und können keine zeitnahe und/oder sachgerechte Lagerung gewährleisten. Zwar ist hier nur ein regionales Schlaglicht geworfen, grundsätzlich muss die Messfrage und die der Laborkapazitäten aber bundesweit mitgedacht werden, wenn die Düngeverordnung verändert wird. cs

## Auf und Ab als Abschreckung

Der dänische Bioschweinemarkt kann als Beispiel dienen, wie ein falsches Preissystem funktioniert. In Dänemark zahlen seit langem die Vermarkter (vor allem Danish Crown) auf die konventionelle Notierung einen Bio-, einen Vermarktungs- und einen Qualitätszuschlag. Dadurch ist der dänische Bioschweinepreis durch große Schwankungen gekennzeichnet. 2013 und 2014 lag er z. T. deutlich unter dem deutschen Preis. In der Angebotskrise von 2015 und 2016 überholte er die deutschen Preise um ca. 0,30 Euro/kg auf bis zu 4 Euro/kg. Die Folge war ein Überangebot und mit den sinkenden konventionellen Preisen ab Herbst 2017 ging es endgültig bergab. Seit September 2018 bekommt der dänische Biobauer noch etwa 2,90 Euro/kg. Zwar sind auch in Dänemark die konventionellen Schweinepreise im März/April aktuell um 0,30 Euro/kg gestiegen, aber der Bio-Aufschlag ist laut Agrarmarkt-Informationen-Gesellschaft AML im gleichen Maße gesenkt worden. In Deutschland bildet sich der Preis seit langem notierungsunabhängig. Seit Juli 2015 wird kontinuierlich um die 3,70 Euro/kg gezahlt. Die dänische Anlehnung an die Berg- und Talfahrt der konventionellen Preise führt immer wieder dazu, dass Betriebe ein- und aussteigen, was das Risiko von Fehlinvestitionen und Futterumstellungen erheblich erhöht. Und außerdem setzen ihre „billigen“ Preise den deutschen Bio-Teilstückmarkt erheblich unter Druck. Schließlich werden etwa 8 % des bei uns konsumierten Bioschweinefleisches vom nördlichen Nachbarn importiert. hg

## Zurück zur natürlichen Abreife bei Kartoffeln?

Der Verein der Saatguterzeuger in Niedersachsen hat seinen Kartoffelvermehrern ein Informationsschreiben zum möglichen Wegfall des Wirkstoffes Deiquat informiert. Mit dem Wirkstoff (im Mittel Reglone) werden die Pflanzkartoffelbestände, aber auch die meisten Speisekartoffeläcker, vor der Ernte abgetötet. Voraussichtlich ab 2020 soll der Wirkstoff nicht mehr zur Verfügung stehen. Man untersuche mögliche chemische Alternativen ebenso wie thermische oder mechanische zur diesjährigen Ernte, so das Schreiben. Vor allem empfehle man den Bauern und Bäuerinnen dringend schon in der diesjährige Anbausaison Erfahrungen mit pflanzenbaulichen Maßnahmen zu sammeln, die eine gewisse Rückkehr zur natürlichen Abreife bedeuten. Entscheidend sei eine angepasste, sprich reduzierte N-Düngung (40-50 kg/N weniger als in Konsumbeständen, lautet die Empfehlung). Auch ein engerer Legeabstand solle sich positiv auswirken. Abreife, Ertrag und Sortierung sollten dokumentiert werden, um auf die nächste Saison ohne Reglone vorbereitet zu sein. cs



Internationaler bäuerlicher Protest in Brüssel

Foto: EMB



# Die DÜV und Panikmache

Auch mit weniger Stickstoff werden die Pflanzen nicht verhungern

**G**ar kein Verständnis habe ich für die zwangsweise Unterernährung der Pflanzen, die ja in ‚roten Gebieten‘ unter Bedarf der Kultur stattfinden soll. “ (WLV-Präsident Johann Rörig in „Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben“ 9/2019, S. 20).

## Zwei Anmerkungen.

Die Wortwahl „Bedarf der Kultur“ drückt eine Verwechslung aus. Der natürliche Bedarf einer Pflanze besteht darin, dass die Pflanze wachsen kann, dass sie zur Samenreife gelangt und dass die Samenkörner die Erhaltung und Ausbreitung der Art ermöglichen. Der „Bedarf“ der Pflanzen im Sinne der DÜV drückt dagegen aus, welche Stickstoffmengen zu düngen sind, um den vom Landwirt erhofften Ertrag zu ermöglichen. Der „Bedarf“ im Sinne der DÜV berücksichtigt also nicht den Bedarf der Pflanze, sondern die Hoffnungen des Landwirts. Die neue Forderung der DÜV, für die Gebiete mit bereits hoch belastetem Grundwasser („rote Gebiete“), die Soll-Werte für die N-Düngung um 20 kg/ha zu reduzieren, bedeutet also keinesfalls, dass die Pflanzen „hungern“ müssen; es darf nur nicht mehr auf maximalen Ertrag hin gedüngt werden.

Von der landwirtschaftlichen Ausbildung wird immer behauptet, sie stelle die Wirtschaftlichkeit zu sehr in den Mittelpunkt. Aber gilt das für das reale Wirtschaften tatsächlich? Geht es nicht überall in erster Linie um möglichst hohe Erträge („Leistung“)? M. E. ist diese Leistungsorientierung durchaus bedauerlich, denn eine stärkere Beachtung der Wirtschaftlichkeit hätte das Problem der weit verbreiteten Überdüngung im Ackerbau wohl erst gar nicht entstehen lassen. Das sei am Beispiel der Stickstoffdüngung erläutert; als Grundlage dient die Veröffentlichung von J. Heyn und H.-W. Olf: „Wirkung reduzierter N-Düngung auf Produktivität, Bodenfruchtbarkeit und N-Austragungsgefährdung – Beurteilung anhand von mehrjährigen Feldversuchen“, Schriftenreihe 72 der VD-LUFA, Darmstadt 2018. In diesem 264 Seiten starken Text werden insgesamt neun Stickstoff-Extensivierungsversuche von verschiedenen landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalten aus verschiedenen Bundesländern vorgestellt. Ausgangspunkt für die meisten Versuche war die Anfang der 90er Jahre intensivierte

Debatte um die Rolle der N-Düngung in der Landwirtschaft und im Gartenbau bei der Verschmutzung von Grund- und Oberflächenwasser. Geprüft wurde in den Dauerversuchen (Dauer zehn bis 15 Jahre; eine tolle Leistung!), wie sich unterschiedliche Intensitäten einer Stickstoffdüngung auf Ertrag, Bodenfruchtbarkeit und Nitratauswaschung auswirken. In dem Versuch gab es eine Null-Variante (keine N-Düngung), eine Variante der N-Empfehlung der Pflanzenbauberatung („standorttypisch optimal“) und zwei (oder drei) Varianten mit reduzierter N-Düngung dazwischen.

## 40% weniger Dünger

Als Beispiel für den Zusammenhang zwischen unterschiedlicher N-Düngung und Ertrag sei hier der Versuch der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen vorgestellt. (sechs untersuchte Varianten der N-Düngung; fünf Untersuchungsstandorte mit Ackerzahlen zwischen 28 und 67; sehr unterschiedliche Fruchtfolgen; Versuchsdauer zwischen neun und 14 Jahre). Die folgende Tabelle (siehe unten) gibt nun wieder, wie sich über die Gesamtlaufrzeit der Versuche die prozentualen Erträge der unterschiedlichen Varianten der N-Düngung darstellen im Vergleich zu der Variante „standorttypisch optimal“.

Eine Verminderung der N-Düngung um 10 bzw. 20 % war also in diesen Langfristversuchen praktisch ohne Auswirkung auf den Ertrag. Für die aktuelle Debatte um den Zusammenhang zwischen der Höhe der Stickstoffdüngung und dem Ertrag ist deshalb die Variante mit minus 40 % Stickstoffdüngung besonders bedeutsam. Diese doch deutlich verminderte Düngermenge hat eine Verminderung des Ertrags von gerade mal 11 % zur Folge

(Schwankung zwischen den Standorten 85 % bis 98 %). In einem weiteren Untersuchungsschritt wurde zudem geprüft, wie sich bei dieser N-Variante die Wirtschaftlichkeit entwickelte (dabei wurden nur die eingesparten Düngerkosten in Ansatz gebracht!). Ergebnis: Nur wenn bei Weizen ein nach dem Proteingehalt gestaffelter Preis unterstellt wird, tritt bei der Variante „minus 40 %“ der N-Düngung eine Verminderung des ökonomischen Ergebnisses von etwa drei bis vier Prozent ein. Geht man von einem einheitlichen Weizenpreis aus, unterscheidet sich das ökonomische Ergebnis praktisch nicht von der Variante mit „standorttypischer Optimaldüngung“.

## Ökonomisch interessant

Das heißt, 40 % weniger Stickstoffdüngung führt zu keiner Verschlechterung der ökonomischen Ergebnisse! Würde man – im Gegensatz zum Rechenansatz in den Versuchen – auch noch berücksichtigen, dass bei einer um 40 % reduzierten Stickstoffdüngung mit großer Wahrscheinlichkeit keine zweite Herbizid-, keine Fungizid- und keine Insektizidspritzung erfolgen würden, so dürfte sich für die Variante „minus 40 %“ die mit Abstand beste Wirtschaftlichkeit errechnen. In der Landwirtschaft gilt eben oft: „Weniger ist Mehr“.

Mit Blick auf das Anliegen der DÜV, Stickstoffauswaschung zu reduzieren, zeigte sich, dass die Nmin-Werte im Herbst bei der Variante „minus 40 %“ immer niedriger waren als bei der Variante „100 %“, allerdings bei deutlichen Unterschieden zwischen den Standorten (von – 4 kg/ha bis zu – 15 kg/ha).

Die Werte der verschiedenen Versuche unterscheiden sich natürlich in ihren absoluten Zahlen von den Ergebnissen, die die Landwirtschaftskammer Nord-



Gute Versorgungslage Foto: Schievelbein

rhein-Westfalen ermittelte. Entscheidend ist aber, dass die Varianten mit deutlich reduzierter Düngung überall eine ähnliche (geringe) Wirkung auf die Ertragshöhe hatten.

Zur Erinnerung sei noch berichtet, dass es in den 90er Jahren in Hessen eine Initiative von Ackerbaubetrieben gab, mit deutlich reduziertem Stickstoff- und Pestizideinsatz sich eine Perspektive jenseits von negativen Umweltwirkungen aufzubauen („Hessenhöfe“). Von außen waren die Felder dieser Betriebe schon daran zu erkennen, dass es in ihnen keine Fahrgassen gab. Leider hielt sich dieser Ansatz nur einige Jahre. Zu groß war der „Leistungsdenken“, zu gering auch die öffentliche Unterstützung, zu stark auch die Ablehnung durch die Bioverbände.

Onno Poppinga,  
em. Professor für Agrarpolitik, Kassel

Ort	Ohne N	Optimal – 40 %	Optimal – 20 %	Optimal – 10 %	Standort-typisch optimal	Optimal + 20 %
Haus Düsse	54	89	95	97	100	101
Rüthen	52	87	93	97	100	102
Marienfild	50	88	96	98	100	97
Salzkotten	82	98	101	100	100	99
Meerhof	48	85	94	97	100	103
Mittel	57	90	96	98	100	100

# Resigniert im Regen

Bauernverband fällt mit seiner Düngeprotest-Demo ins Wasser

Pünktlich zum Beginn der Veranstaltung kam der Regen. Kein kraftvoller Platzregen mit klatschenden dicken Tropfen, gepeitscht von zausenden Böen. Nein, es nieselte aus einem trüben Himmel in fiesen dünnen Fäden, die unnachgiebig zermürbend in den Kragen kriechen. Es passte zur Stimmung der 4.000 oder 5.000 Bauern und Bäuerinnen. Wenn von der Fridays-for-Future-Bewegung oft als von einer maßgeblich der jungen Frauen gesprochen wird, war dies eine der älteren Männer. Zwar hatten sich die organisierenden Landesbauernverbände sehr darum bemüht, junge und weibliche Beiträge auf die Bühne zu holen, das Bild prägten sie aber nicht. Die Demo des Bauernverbandes war als ein kraftvolles, wütendes und mutiges Zeichen der Bauern und Bäuerinnen gegen die aus ihrer Sicht unzumutbaren weiteren Verschärfungen der Düngeverordnung gedacht. Nicht nur der unbarmherzige Nieselregen und das sakrale Ambiente vor dem mächtigen Münsteraner Dom ließen es eher wie eine Trauerveranstaltung wirken. Resignation prägte die überhaupt nicht kämpferische Stimmung. Kreuze, Opferzahlen, die Frage „Sind wir noch erwünscht?“ dominierten die Plakate. Gastgeber und regionaler Bauernverbandspräsident Johannes Röring bemühte sich gar nicht erst darum, eine andere Stimmung zu erzeugen, geradezu emotionslos verlas er seine Rede. Inhaltlich war es die übliche Kritiklinie des Bauernverbandes: Der Umfang der Ausweisung der roten Gebiete sei zu groß und die Messstellen seien nicht seriös, ein Abstocken von Tierbeständen sei existenzbedrohend und bei der als Maßnahme des Bundeslandwirtschaftsministeriums vorgeschlagenen 20 % Minderdüngung verhungerten die Pflanzen. Sein Kollege Bernhard Conzen aus dem Rheinland versuchte es emotionaler: Man leiste doch bereits so viel, Frau Klöckner nehme das ernst, aber Umweltministerin Schulze gehe nur immer dagegen. Ja, man wisse auch, dass nicht immer alles mit der Düngung richtig gelaufen sei.

## Sie kommt

Weitere Redner, ähnliche Appelle, dann stehen sie alle hinten auf der Bühne in einer Reihe, fast alles graumelierte Herren in dunkelblauen oder grünen Wetterjacken mit hochgezogenen Schultern. Und dann kommt sie: Bun-

deslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU), lässig in Jeans und offener Steppjacke, so als könnten ihr weder so ein bisschen Wetter noch so ein paar deprimierte Bauern etwas anhaben. Resolut macht sie klar, dass sie komme, wenn man sie frage (zuvor hatte Conzen bemängelt, dass die auch angefragte Bundesumweltministerin abgesagt hatte) und macht damit den ersten Punkt. Einem unverständlichen Zwischenrufer teilt sie scharf mit, dass sie erwarte, dass man sie dann auch reden lasse, auch der Stich sitzt. Sie wendet sich den Bauern und Bäuerinnen zu, kritisiert, dass „Bauernbashing zum guten Ton“ gehöre in der Gesellschaft. Sie lehne die Radikalisierung ab, habe das Gefühl, dass Kompromissfähigkeit irgendwie aus der Mode gekommen sei. Die erwarte sie aber – und nun verlässt sie die reine Kuschellinie – von allen Beteiligten. Sie breitet einmal mehr die Faktenlage aus: die in allen Punkten verlorene Klage, auf die reagiert werden muss, ausreichend und – das hat Brüssel klar gemacht – mit mehr als der Veränderung der Düngeverordnung von 2017. Wie also darauf reagieren? Sie lese auch hier widersprüchliche Schilder. Sie greift den Satz „Wofür brauchen wir Europa?“ auf, der ihr auf einem Transparent aus der Menge entgegengehalten wird und betont nicht nur das große Ganze: Stabilität und Sicherheit. Bauern und Bäuerinnen in Deutschland bekämen eine Menge Geld aus Europa und das sei das Geld aller Steuerzahler dort. Die hätten den berechtigten Anspruch, darüber mitreden zu wollen, wofür es ausgegeben werde. Schließlich gehe es hier um Grundwasserschutz. Der Steuerzahler akzeptiere auch keine Strafzahlungen und die anderen Länder Europas, Dänemark, Frankreich, die längst ambitionierter vorgegangen seien, akzeptierten nicht, wenn Deutschland einfach nichts tue. Und dann kommt Klöckners Coup, sie verweist auf die lange Geschichte der Düngeproblematik, die schon vor ihrer Amtszeit begonnen hat. Hier müsse sie nun den Berufsstand in die Pflicht nehmen, der reflexhaft alles immer abgelehnt habe, was an Veränderungen vorgeschlagen worden sei, als noch Raum für Verhandlungen existierte. Nun seien 28 % der Messstellen belastet, die Wasserversorger schlügen Alarm, weil es immer teurer und intensiver werde, das Wasser aufzubereiten. Schon 2012 hätte

man beginnen können und müssen umzulenken, Abstände zu Gewässern seien nicht unvernünftig. Aber der Berufsstand, „Sie, die Präsidenten sind massiv dagegen angegangen. Sie alle wollten das nicht!“ Jetzt komme der niedersächsische Landvolkpräsident zu ihr und sage ihr: „Ach, würde doch die 2017er Verordnung schon zehn Jahre wirken ...“.

## Ohne Vision

Klöckner sieht sich nicht nach hinten um, braucht sie auch nicht, hinter ihr steht die Reihe der Präsidenten trotz regenabweisendem Bühnendach mehr als bedröppelt dar. Sie geht als Siegerin vom Platz, ohne nur mit einer Silbe etwas dazu gesagt zu haben, was denn ihre Vision jenseits kurzfristiger Feuerwehrmaßnahmen sein könnte. Eine Nutztierstrategie, noch ohne von einem Umbau der Tierhaltung zu reden, nimmt erst ihre Länderministerkollegin Ursula Heinen-Esser (CDU) als nächste Rednerin in den Mund. Danach macht auch sie deutlich, dass ein paar Änderungen bei den Messstellen die Probleme nicht lösen und an Maßnahmen nicht ausreichen. Am Montag nach Münster treffen sich Bund und Länder, vielleicht gibt es noch minimale Spielräume mit Brüssel. Drei Wochen nach Münster präsentiert Niedersachsen seinen Nährstoffbericht 2018, der Überschuss beträgt 18.000 Tonnen Stick-

stoff weniger als im Vorjahreszeitraum, „nur“ noch 50.000 Tonnen, fast ausschließlich, weil weniger mineralisch gedüngt wurde.

## Pfefferbeißer und Brötchen

Greenpeace hatte am Rande des Domplatzes in Münster ein gläsernes Dialogmobil aufgebaut, führte Gespräche, viele begannen mit „Wir machen doch schon so viel ...“. Nicht weit daneben stand Westfleisch und verteilte umsonst Pfefferbeißer und Brötchen, ein herzhafter Trost im Regen. Ausdrücklich begrüßt wurde diese Unterstützung „unserer“ Marktpartner: Westfleisch, Tönnies am Anfang der Kundgebung von der Bühne. Es wurde sogar gemutmaßt, Clemens Tönnies selbst sei da. Wie viele der Bauern und Bäuerinnen sich auf dem Domplatz wohl fragten, ob sie auch in dem Dünge-Dilemma stecken würden, wenn die anwesenden Marktpartner sie nicht in den vergangenen Jahren durch immer niedrigere Erzeugerpreise ständig weiter in die ungesunde Intensivierung getrieben hätten? „Ach, deswegen steigen die Schweinepreise gerade“, sagte jedenfalls ein unverdrossener Kundgebungsteilnehmer, nicht ohne ironischen Zug um den Mund, zu seinem Nachbarn am Westfleisch-Stand und wies auf die aufgetürmten Berge von Pfefferbeißern.

cs



Zwischen Großbildschirm und Realität sehen die Präsidenten alt aus

Foto: Schievelbein



## Bauernmolkerei stellt Neubau vor

Die Upländer Bauernmolkerei baut neu. Bauern und Gesellschafter haben beschlossen im Gewerbegebiet von Usseln einen neuen Standort mit doppelt so viel Platz wie in der Dorfmitte entstehen zu lassen. Die Investitionssumme von 14. Mio. Euro soll auch über Fördermittel aus EU und Land zusammenkommen. Schon vor zwei Jahren musste die Molkerei bei der Anlieferung eines neuen 100.000 Liter Milchtanks verkünden, dass die Kapazitäten in Usseln erschöpft seien. Derzeit werden 40 Mio. Liter Milch im Jahr verarbeitet, vom wachsenden Biomarkt versprechen sich auch die Upländer Expansionmöglichkeiten. Mehr Vielfalt, neue Produkte wie Joghurt würden am neuen Standort möglich, gleichzeitig soll zunächst weiterhin auch im Ort produziert werden. Sahne, Schmand, saure Sahne, Schulmilch und Sauermilchquark würden weiterhin im Ort gemacht, auch Laden und Museum bleiben dort erhalten. Die Abfüllung von Milch und Buttermilch, die Butterei und der Versand sollen an den neuen Standort außerhalb wandern und damit auch 90% des LKW-Verkehrs aus der Ortsmitte ziehen. Gleichzeitig sei die Nähe der beiden Standorte und damit kurze Wege ein ausschlaggebendes Kriterium gewesen, in Usseln zu bleiben. „Wir haben uns gerne fürs Hierbleiben entschieden“, sagte Molkerei-Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink. *cs*

## Demonstration gegen Patente auf Leben

Mit Riesenmelone und Trecker demonstrierte unter dem Motto: „Hände weg von unseren Nahrungspflanzen“ Ende März 2019 ein breites Bündnis von über 30 Organisationen vor dem Europäischen Patentamt (EPA) in München. Das EPA erteilt immer noch Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen, wie ein aktueller Bericht von „Keine Patente auf Saatgut“ zeigt. Zwar hatte im Juni 2017 der Verwaltungsrat nach öffentlichen Protesten und nach den Vorgaben der EU beschlossen, dass Patente auf Pflanzen und Tiere aus herkömmlichen Züchtungsverfahren verboten sind. Allerdings entschied im Dezember 2018 eine Beschwerdekammer des EPA, dass der Beschluss des Verwaltungsrates rechtlich unwirksam sei. Das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut“ hatte den Präsidenten des EPA aufgefordert, keine anhängigen Patente mehr zu entscheiden, solange das rechtliche Chaos nicht beendet ist. Ende März tagte turnusgemäß der Verwaltungsrat des EPAs. Zu diesem Anlass forderte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, den EPA-Verwaltungsrat dazu auf, sofort alle laufenden Verfahren zu entsprechenden Patenten auszusetzen. Die Grünen und die Linke schlossen sich dem an. Der Protest zeigte Wirkung: Im Nachgang hat der Präsident des EPA der Großen Beschwerdekammer Rechtsfragen zur Patentierbarkeit von konventionell gezüchteten Pflanzen, sowie zur umstrittenen Entscheidung im Dezember 2018 vorgelegt und bittet um Klarstellung des geltenden Rechtsrahmens. *av*

## Dicambaresistenter Mais?

Bayer-Monsanto hat bei der US-Umweltbehörde EPA um die Zulassung von XtenFlex-Mais nachgesucht, einer gentechnisch veränderten Sorte, die sowohl gegen Dicamba als auch gegen Glyphosat resistent ist. Der Konzern hofft, dass XtentFlex in den nächsten drei bis fünf Jahren in den USA auf den Markt kommen kann. Damit würde sich die eingesetzte Menge des leicht flüchtigen Herbizids Dicamba vervielfachen. Bereits jetzt werden in den USA auf rund 25 Millionen Hektar Land gegen Dicamba resistente Sojabohnen und Baumwolle angebaut. Durch Abdrift kam es zu Schäden an 1,5 Millionen Hektar Sojabohnen, die nicht gegen Dicamba resistent sind. Über die Schäden an Gemüse, Bäumen und Wildpflanzen gibt es keine Angaben. Bayer-Monsanto geht davon aus, dass nach der Zulassung innerhalb weniger Jahre an die 90 % gegen Dicamba resistente Maissorten angebaut werden. Das entspräche mehr als 32 Millionen Hektar. Umwelt- und Verbraucherschützer versuchen die Zulassung zu verhindern. *ml*

# Bäuerliche Interessenvertretung...

... in Zeiten von Globalisierung und Bio im Discounter

1980 wurde die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gegründet. Ein eigenständiger Landesverband entstand in Baden-Württemberg Ende der achtziger Jahre. Ihren 30. Geburtstag nahm die AbL Baden-Württemberg zum Anlass, sowohl zurück als auch nach vorn zu blicken. Ein Fazit sei vorweggenommen: Die spannendsten Diskussionen sind doch die untereinander. Man muss sich nicht an den Gegnern abarbeiten. Und auch wenn man sich nicht in allen Punkten einig ist, es kommt meist etwas Konstruktives heraus.

Wolfgang Reimer, AbL-Gründungsmitglied und fünf Jahre lang Amtschef im Ministerium für den Ländlichen Raum, benannte die Treiber des Strukturwandels: Agrarpolitik, Exportindustrie, große Handelsketten. Die AbL habe den Strukturwandel zwar nicht aufhalten können. Aber es hätte weit aus schlimmer kommen können und die AbL sei immer noch eine Ideenschmiede für Alternativen zum Mainstream.

## Austausch und Alternativen

Die langjährige Vorsitzende Anneliese Schmech erinnerte an die Motivation, die die Bäuerinnen und Bauern zusammengebracht hatte: überlegen, wo wir herkommen, deutlich machen, was wir verteidigen, und dafür Verbündete finden. Die Wir-haben-es-satt-Demonstrationen von Berlin bis Tübingen zeigen, dass der Widerstand zwar immer noch notwendig ist, dass es aber tatsächlich viele Verbündete gibt. Mareike Artlich, derzeit Schülerin an der Fachschule in Emmendingen-Hochburg, machte deutlich, dass junge Leute immer noch aus ähnlichen Gründen zur AbL stoßen. In der AbL könne man darüber diskutieren, was ein gutes Leben auf dem Land sei und was es für Alternativen zur Wachstumsökonomie gebe. Gleichzeitig könne man dafür eintreten, dass diese Ziele auch erreicht werden. Für junge Einsteiger sei insbesondere der Zugang zu Land ein wichtiges Thema.

Hans Möhrle, Vorstand der Erzeugerorganisation EZO Süd, skizzierte, was bäuer-

liche Vermarktung in der heutigen Zeit heißen kann. Die klassische Direktvermarktung sei ein wichtiger Weg zum Erhalt bäuerlicher Betriebe gewesen. Heute müssten zusätzliche Wege beschritten werden. Bei der Zusammenarbeit mit dem Lebensmittel-einzelhandel gehe es einerseits um qualifizierte langfristige Verträge. Andererseits sei es aber auch wichtig, auf einen differenzierten Umgang mit den eigenen Marken zu achten. Auch wenn er es nicht so deutlich aussprach: Es war eine Kritik an Bioland, Demeter oder auch Neuland. Es sei etwas anderes, ob man direkt oder über den Lebensmitteleinzelhandel vermarkte. Je nach Vermarktungsweg müsse man mit unterschiedlichen Marken arbeiten. Denn der Vermarktungsweg sei ein Teil der Marke. Werde alles unter einem einzigen Namen vermarktet, verliere dieser seinen besonderen Wert. Die Diskussion mit dem Publikum war stark geprägt von der Frage, wie denn bäuerliche Ideen wieder in Wert gesetzt werden können. Nur die Produktionstechnik zu verändern, sei nicht genug. Das ändere noch nichts am System. Außerdem bräuchten bäuerliche Produkte Menschen, die sie nachfragen. Es gehe daher sowohl darum, in den allgemeinbildenden Schulen Bewusstsein zu bilden, als auch bei der landwirtschaftlichen Ausbildung und über die Agrarberatung andere Wirtschaftsstile zu lehren.

Das alles komme nicht von alleine. Die AbL sei in Baden-Württemberg zwar politisch gut aufgestellt, notwendig sei jedoch die Diskussion in der Fläche. Eine wesentliche Aufgabe der nächsten Zeit werde es daher sein, regionale Stammtische einzurichten und Diskussionsplattformen in den Regionen zu etablieren. Ganz aktuell könnte das Thema Düngeverordnung helfen, um mit mehr Landwirten ins Gespräch zu kommen. Damit hat der Landesvorstand eine klare Aufgabe. Er wurde bei der Mitgliederversammlung am Nachmittag neu gewählt.

Frieder Thomas,  
AbL BaWü



Von links nach rechts stehend: Tanja Holzschuh, Wolfgang Hees, Rüdiger Stegemann, Martin Schäfer, Petra Müller, Franz Häußler, Gudrun Schmoll-Emperle; hockend: Birgit Strohmeier, Frieder Thomas, Mareike Artlich, Stefan Klett

Foto: AbL-BW



**Betriebsspiegel:**

Biohof mit Bäckerei und Fährbetrieb samt selbstgebauter Fähre; Kooperation mit CAPA, dem Zentrum zur Förderung der Agrarökologie.

**M**einer brasilianischen Freundin Irma haben auf ihrer Deutschlandreise die Kartoffelklöße sehr gut geschmeckt. Allerdings hat sie nur die aus rohen Kartoffeln probiert, und ich bin als Fränkin ganz überzeugt von denen aus gekochten Kartoffeln. Deshalb haben wir uns zum gemeinsamen Kochen verabredet. Prima, dass sie deutsch spricht, denn bei Klößen komme ich auf Portugiesisch oft durcheinander. Hier in der Bäckerei bin ich immer von *bolo* (Kuchen) umgeben. Auch sind mir die drei herrschenden B in Brasilien bekannt: *boi* (Rinder = Großgrundbesitzer), *bala* (Kugeln =

Militärs) und *biblia* (Bibel = Evangelikale). Zu unser aller Schrecken regiert jetzt ja das vierte B – Bolsonaro. Klöße heißen aber weder *bolo* noch *bala*, sondern ebenso wie Bälle: *bola*.

Also los. Da wir keinen Kartoffelstampfer hatten, war es gut, dass sich die Kartoffeln leicht mit der Gabel zerdrücken ließen. Ei und Mehl dazu – der Teig war zu weich. Also mehr Mehl. Immer noch weich. Noch mehr Mehl, doch statt fester wurde der Teig nur noch weicher. Nach einer Weile gaben wir auf. Es war unmöglich, eine Kloßmasse herzustellen. Wir backten das Ganze als Auflauf, fest wurde es trotzdem nicht.

Woran lag's? Die Kartoffeln waren aus dem Supermarkt. Auf den Biobetrieben hier gibt es gerade keine. Es waren also

Industriekartoffeln, mit viel Stickstoff zum schnellen Wachsen angeregt und vermutlich unausgereift abgespritzt. Sie waren voll von Wasser und ohne eine Substanz, die Klöße zusammenhält. Leider ist das Ganze symbolisch, denn hier kommen auch die Biobauern an der Agrarindustrie nicht vorbei. Sie sind nur wenige, und dem Wachstum der Bewegung sind durch fehlende Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten Grenzen gesetzt.

Für Biodruschfrüchte gibt es keine Absatzwege. Wer mehr Fläche hat, als er oder sie mit Gemüse und Obst bebauen kann, verpachtet den entsprechenden Teil – dann bauen andere GVO-Soja an. Was anderes sieht man momentan kaum auf den Feldern. Agrarberater reden einem ein, dass Rinderhaltung

ohne zugekauftes Kraftfutter unmöglich ist. Und das gibt es nur mit was? Richtig: mit GVO, Soja und Mais. Einkaufen müssen auch Biobauern im Supermarkt. Seit diesem Jahr muss kein GVO-Produkt mehr gekennzeichnet werden.

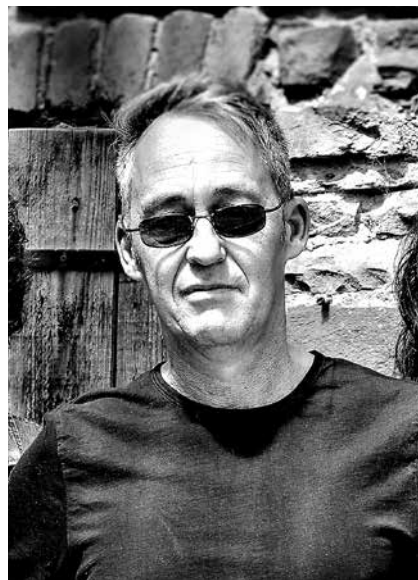
Ausbildung und Beratung setzen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur auf konventionelle Landwirtschaft und Gentechnik. Die Biorichtlinien schreiben zwar gepflanzte Barrieren zu konventionellen Feldern vor – das schützt aber nicht die Bäuerinnen und Bauern, die in einem vom Agrobusiness gesteuerten System leben müssen.

Trotz Bolsonaro mit seinen Dekreten zur NGO-Kontrolle, der Stilllegung des Ernährungsrates, dem Stopp der Agrarreform, der Entrechtung der Indigenen, der Förderung der Abholzung des Amazonaswaldes, trotz der zunehmenden Gewalt, dem rechtsfreien Raum für Aggressoren in Landkonflikten, trotz alledem lässt sich hier niemand unterkriegen, niemand entmutigen. „Keiner lässt die Hand von niemandem nicht los“ soll heißen: Wir halten zusammen! Er wird uns nicht bezwingen. Der nicht! Ele não!

*Angela Müller, über Winter am Rio Chopim in Paraná, Südbrasilien*

## Keine Kartoffelklöße in Brasilien

**A**ls klassischen Quereinsteiger kann man Axel Potthoff eigentlich nicht beschreiben, eher als spätberufenen Bauern. Sein Großonkel bewirtschaftete einen klassischen kleinen Milchviehbetrieb in Marienheide, auf dem Axel geboren wurde und auf dem er später immer wieder seine Ferien verbrachte. Axels Vater zog in den 90er Jahren zurück in seinen Geburtsort, und auf der Suche nach einer extensiven Nutzungsmöglichkeit für einige Restparzellen stieß er auf das damals in Deutschland noch wenig bekannte Highland-Rind. Die ersten Zuchttiere wurden unter erheblichen Schwierigkeiten nach Deutschland importiert, damals fuhr Axel als Dolmetscher mit nach Schottland. Und der damalige Altenpfleger fing Feuer für Land, Leute und Vieh. Auf den rauen Inseln der Äußeren Hebriden im Norden Schottlands werden die ruhigen Robustrinder bis heute ganzjährig draußen gehalten, einen Stall kennen sie nur in Ausnahmefällen. Axel Potthoff pflegt die Beziehungen zu den schottischen Züchtereinkollegen bis heute, und vielleicht wurde in einer Kneipe in North-Uist auch sein Spaß am Gesang wiederbelebt. In jungen Jahren in Hannover hatte Axel bereits mit Freunden ein Demotape mit eigenen Songs aufgenommen, aber die Entdeckung als Rockstar fiel damals aus. Jetzt entdeckte er sein Talent fürs Songschreiben neu. Unter dem Pseudonym Alex Panter ist er seit 2013 als Musiker unterwegs. Mit befreundeten Profimusikern spielte er 2013 im heimischen Wohnzimmer sein erstes Al-



## Raue Stimme, robuste Rinder

bum „Sunday Sessions Club“ ein. Was immer seine Phantasie anregt – Alltägliches, Begegnungen mit Menschen, politisches Geschehen – die Ideen für neue Songs sind bisher nicht ausgegangen. Ende 2018 veröffentlichte Alex Panter & Band das neue, über Timezone-Records vertriebene Album „Some Time Now“ mit Songs zwischen Bob Dylan und Lou Reed, von denen Axel selber sagt: „Themen des Albums sind u. a. der populistische Zeitgeist dieser Tage, eine historische Taxinachtschicht oder die Erfahrung von Verlust ...“

Mit der ausgekoppelten Ballade „All over again“ bewarb sich die Band bei dem Wettbewerb „Landwirtschaft

rockt“ des Landwirtschaftsverlags in Münster, und inzwischen sind sie im Finale der besten drei Bewerber angelangt. Aber die Musik bestimmt nicht den ganzen Tag von Axel. Er bewirtschaftet 43 ha Grünland, darauf hält er 16 Highland-Kühe plus Nachzucht sowie ein bis zwei Deckbullen in ganzjähriger Freilandhaltung. Neben Zuchttieren vermarktet der Bioland-Betrieb zwölf Weideochsen und -färsen, die bei ihm 30 bis 36 Monate alt werden. Geschlachtet und zerlegt wird im benachbarten Wipperfürth, dort werden auch Wurst und Schinken geräuchert. Alles geht in die Direktvermarktung, der Hofladen hat nur samstags geöffnet, aber die Vorbestellungen sind lang.

Und ins idyllische Unterpentinghausen kommt man nicht zum schnellen Einkauf – Biertische laden zum Verweilen ein und auf der Theke stehen neben schottischem Single Malt Whisky auch die CDs von Alex Panter & Band ...

*Seb Schäfer, Marienheide*

# Fehlende Soja-Fläche kippt Stall-Genehmigung

Weitreichendes Urteil: Soja braucht mehr Fläche, Pachtverträge müssen 10 Jahre laufen

## Zum Betrieb

Die Familie bewirtschaftet 392 Hektar. Zwei alte 40.000er Hühnermast-Ställe wurden erweitert auf je 43.600 Plätze. Neu gebaut wurden zwei Ställe mit je 50.500 Plätzen, sind zusammen 144.600 Mastplätze. Bei 7,5 Durchgängen pro Jahr und 3,5 Prozent Verlust sollen gut eine Million Hühner pro Jahr gemästet werden. Die Familie betreibt auch eine Biogasanlage, genehmigt für 14.710 t Einsatzstoffe pro Jahr. 2017 wurden hier laut Betreiber 68 Prozent der eigenen Flächenernte eingesetzt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im Beschluss vom 06.08.2018 über die aufschiebende Wirkung der BUNDKlage eine Doppelnutzung der Flächen als Hähnchen-Futterfläche und Substratquelle ausgeschlossen. Daraufhin hat die Familie erklärt, die eigenen Flächen ganz als Hähnchen-Futterfläche zu reservieren.

Eine Landwirtschaftsfamilie im oberbayerischen Eschelbach darf ihre fertiggebauten vier Ställe mit zusammen 144.600 Hühnermastplätzen für insgesamt 1.084.500 Masthühner pro Jahr (7,5 Durchgänge pro Jahr) nicht in Betrieb nehmen. Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat in einem weitreichenden Urteil vom 22. März 2019 die vom Landkreis Pfaffenhofen im Juli 2017 erteilte Stallbaugenehmigung aufgehoben. Kläger ist der BUND Naturschutz in Bayern. Die jetzt vorliegende Urteilsbegründung hat es in sich, zumal sie in wichtigen Teilen von einem Beschluss des gleichen Gerichtes vom März letzten Jahres abweicht, mit dem das Gericht damals die aufschiebende Wirkung der Klage verneint hatte. Dreh- und Angelpunkt ist, ob der Betrieb im Sinne des Baugesetzbuches als landwirtschaftlich oder als gewerblich einzustufen ist. Denn die zwei umgebauten und erweiterten Altställe sowie die zwei neuen Ställe liegen im Außenbereich der Ortschaft. Hier können für Stallanlagen ab 30.000 Masthähnchenplätzen nur landwirtschaftliche Betriebe die privilegierte Baugenehmigung erhalten (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB). Damit ein Betrieb baurechtlich als landwirtschaftlich eingestuft wird, muss er das benötigte Futter „überwiegend“, d.h. etwas mehr als zur Hälfte auf seinen landwirtschaftlichen Nutzflächen erzeugen können (§ 201 BauGB).

## Soja macht den Unterschied

Anders als vor einem Jahr kommt das Gericht jetzt zu der Überzeugung, dass der Betrieb über zu wenig Fläche sicher ver-

fügt, um mindestens die Hälfte des Futters selbst anbauen zu können. Im März 2018 hielt das Gericht dafür noch 203 Hektar für ausreichend, nun kommt es auf einen Flächenbedarf von 318 ha. Diese erhebliche Abweichung um über 50 Prozent kommt dadurch zustande, dass das Gericht jetzt nicht mehr nur den Flächenbedarf für Mais und Weizen, sondern auch für die Soja-Komponente im Hähnchenfutter berücksichtigt. Und weil Sojaanbau in Bayern mit angenommenen 31,5 dt/ha nur knapp ein Drittel des Mengenertrags von Mais (103 dt/ha) und knapp die Hälfte von Winterweizen (74 dt/ha) bringt, errechnet sich ein wesentlich höherer Flächenbedarf. Allein für den erforderlichen (theoretischen) Sojaanbau errechnet das Gericht 188 ha für diesen Betrieb.

Der Landkreis hatte – wie viele andere Genehmigungsbehörden bundesweit auch – so argumentiert, dass ein Hektar Weizen mit 12 Prozent Proteingehalt mindestens den Eiweißertrag von einem Hektar Soja erbringe, also quasi neben den Kohlehydraten auch die Eiweißkomponente gleich mitliefern. Doch das verfängt beim Gericht jetzt nicht mehr: „Maßgeblich für eine ökonomisch betriebene Hähnchenmast ist (...) nicht die pro Hektar rechnerisch erzeugbare Eiweißmenge, sondern die Verfügbarkeit von Eiweiß in ausreichender Menge in für ein Masthähnchen konsumierbarer Art und Weise. Unzweifelhaft sind daher nur die verbreitet verfütterten Sojaprodukte mit einem Proteingehalt von etwa 48 Prozent (...) für die Hähnchenmast geeignet“, steht im Urteil.

## Importfutter nicht privilegiert

Soja wird in Bayern überhaupt erst seit wenigen Jahren angebaut, im Jahr 2018 gerade mal auf 0,6 Prozent der bayerischen Ackerfläche. Um die 500.000 Tonnen Sojaprodukte, die laut Ministerium nach Bayern 2018 importiert wurden, in Bayern anzubauen, bräuchte es 8 Prozent der bayerischen Ackerfläche. Doch der enorm hohe Importanteil beim Sojafutter ist für das Gericht gerade kein Grund, bei der Flächenberechnung auf den Ansatz von Soja-Eigenanbau zu verzichten. Die übliche Verwendung von Importware erleichtere nicht etwa, sondern erschwere die privilegierte Baugenehmigung. Denn die gesetzliche Privilegierung landwirtschaftlicher Betriebe hänge gerade an deren eigener Bodenertragsnutzung und setze „einer fortgesetzten Intensivierung und Optimierung der Tiermast – solange sie nur mit Hilfe andernorts erzeugter Futterbestandteile gelingt – als

Landwirtschaft (...) Grenzen“, schreiben die Richter.

## Pachtflächen-Prognose

318 ha muss der Betrieb also als Futterfläche nachweisen. Mittlerweile bewirtschaftet er 392 ha, also sogar viel mehr Fläche. Aber davon sind nur gut 43 ha Eigentum, der „Rest“ sind Pachtflächen mit sehr unterschiedlichen Laufzeiten. Grundsätzlich fordert das Gericht, dass die benötigte Futterfläche dem Betrieb für einen Prognosezeitraum von 30 Jahren mit ausreichender Sicherheit zur Verfügung steht (angelehnt an steuerliche Abschreibungszeiten für Gebäude). Eigentumsflächen erfüllen diese Anforderung, aber Pachtflächen nur bedingt. Die Pachtverträge teilt das Gericht in Gruppen ein:

1) Bei Pachtverträgen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren geht das Gericht davon aus, dass sie „die Annahme einer 30jährigen Verfügbarkeit tragen“.

2) Pachtverträge mit einer kürzeren Restlaufzeit akzeptiert das Gericht, sofern ihre Restlaufzeit mindestens 3 Jahre beträgt und sie bisher schon mindestens zweimal verlängert worden sind und dabei insgesamt auf eine Laufzeit von 10 Jahren kommen.

3) Pachtverträge mit einer Restlaufzeit von unter 3 Jahren akzeptiert das Gericht im Einzelfall, z.B. wenn sie in der Vergangenheit sehr häufig verlängert worden sind (im konkreten Fall mindestens 16mal). Insgesamt erfüllen 211 ha Pachtflächen diese Anforderungen, was zusammen mit der Eigentumsfläche und abzüglich Stilllegung, Grünland und Hopfenfläche 250 ha ausreichend lange verfügbare Futterflächen bedeutet. Dem Betrieb fehlen rund 70 ha für die privilegierte Baugenehmigung. Eine Woche vor Urteilsverkündung erklärten die Betreiber schriftlich den Verzicht auf die Nutzung von rund 20 Prozent der Tierplätze. Doch das Gericht hält einen solchen Teilverzicht auf eine Baugenehmigung für unwirksam. Die beantragte Tierzahl sei gerade Kern und Bezugspunkt für die umfangreiche Zulässigkeitsprüfung der Anlage. Hat das Urteil Bestand, wären also ein neuer Antrag (samt neuer Gutachten) und ein neues Genehmigungsverfahren erforderlich.

## Berufung zugelassen

Die Berufung gegen das Urteil ist ausdrücklich zugelassen, denn der Berechnung des Flächenbedarfs komme grundsätzliche Bedeutung zu und die Berechnungsmodalitäten, insbesondere die Einbeziehung flächenintensiver Eiweißlieferanten, seien bisher obergerichtlich nicht geklärt. Die Berufungsfrist endet am 2. Mai (Az: M 19 K 17.3738).

uj



Fertig sind die Ställe mit 144.600 Hühner-Mastplätzen, aber weiter ohne Genehmigung. Foto: Edgar Munz/BUND Naturschutz Bayern.



# Ein Haltungs-Sortiersystem für den Anfang

Auf dem Weg zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung?

Vorbehalte gibt es genug, gegen alles und jeden: die Politik, die nur redet und nicht handelt, der Handel, der zwar handelt, aber nur alibimäßig und falsch, die Verbraucher, die auch nur reden, immer wollen und doch nicht so handeln, die Bauern, die immer jammern, wie viel sie schon tun, aber eben doch nie genug, und am liebsten hätten, dass alles so bleibt, wie es ist. Es ist nicht so einfach, einen Weg für die Nutztierhaltung der Zukunft auszumachen oder zu entwickeln. Nun versucht sich von offizieller politischer Seite gerade der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert als Adjutant seiner ministerialen Nachfahrin Julia Klöckner (CDU) mit einem Kompetenznetzwerk zur Nutztierstrategie. Der Tierschutzbund hat schon angekündigt, nicht mitzumachen, zu lange habe man doch bereits in solchen Diskussionsrunden gesessen und alles längst rauf und runter debattiert. Das ist sicher nicht ganz falsch und trotzdem bleibt eigentlich kaum eine andere Möglichkeit, außer einfach aufzugeben. Immerhin hat Borchert bereits betont, dass es ohne frisches Geld nicht gehen wird, will man nicht weiterhin sehenden Auges bäuerliche Betriebe durch immer weiter reichende Anforderungen in Existenznöte treiben. Ob er allerdings erkannt hat, dass es, wie es die AbL in ihrem Papier zum Umbau der Tierhaltung fordert, aber auch Sabine Klein von der Verbraucherzentrale in Düsseldorf formuliert, „einen Paradigmenwechsel“ braucht, sei noch mal dahingestellt. Das System sei falsch, sagt Klein, das die Bauern und Bäuerinnen seit Jahrzehnten in Rationalisierung, Vollspalten und Weltmarktorientierung getrieben habe. Das unterschreibt auch die AbL – aber Borchert?

## Kreative Eigenleistung

Neben dem Geld, das die Politik für den Umbau der Tierhaltung locker machen muss, soll auch der Verbraucher sich finanziell beteiligen. Damit er das kann, muss er aber überhaupt erst mal erkennen können, welches Fleischprodukt im Laden von Bauern und Bäuerinnen mit einem auch finanziell höheren Aufwand im Stall mit mehr Tierwohl erzeugt wurde. Lange zierte sich die Politik im Hinblick auf eine Haltungskennzeichnung, auch, weil der Bauernverband sie ablehnte. Erst als sie nicht mehr abzuwenden schien, präsentierte Klöckners Vorgänger Christian

Schmidt schon mal das Zeichen. Das Ministerium arbeitet nun über zwei Jahre dran. Klöckner hat jüngst Kriterien diskutieren lassen und vorgelegt. Wirkliche Fakten geschaffen hat allerdings der Handel. Schon im vergangenen Jahr führten fast alle großen Handelsketten irgendwie geartete Haltungskennzeichnungen ein. Zum April dieses Jahres einigte man sich darauf, auf ein einheitliches System umzusteigen. Die Regie führt die Initiative Tierwohl. Es gibt ein Logo mit Farben und Nummern, drüber steht „Haltungsform“, drunter ein Schlagwort, das die jeweilige Kategorie charakterisiert: 1, rot, Stallhaltung, steht für den gesetzlichen Mindeststandard; 2, blau, Stallhaltung plus, kennzeichnet die Kriterien der Initiative Tierwohl, 3, orange, Außenklima, steht für noch mehr Platz im Stall und mindestens Kontakt zur Außenluft; 4, grün, Premium, garantiert doppelt so viel Platz im Stall wie der gesetzliche Standard, Auslaufhaltung, Bio fällt hier hinein. Das Bundesministerium kritisierte sofort, dass das System „keine kreative Eigenleistung“ sei und nur einsortiere. In seinem eigenen Label werde es um ein wirkliches Mehr in Sachen Tierwohl durch die ganze Haltungskette, also auch bei den Ferkeln, Küken usw. gehen. Nur dass es das eben noch nicht gibt und dass es, wenn es denn kommt, zumindest bis irgendwann in ganz ferner Zukunft vielleicht mal eine europäische Initiative möglich ist, auch nur freiwillig sein wird. Das wiederum kritisieren die Amtstierärzte, die das Geld für das Marketing des Labels – Klöckner hat bereits eine Kampagne von 70 Mio. Euro angekündigt – lieber in bessere Kontrollen und möglicherweise höhere verpflichtende Tierschutzstandards gesteckt sehen wollen. Auch bei der Verbraucherorganisation Foodwatch fällt das Label des Handels durch, es suggeriere dem Verbraucher Verbesserungen im Tierwohl, die es gar nicht gebe.

## Es passiert was

„Man muss erst mal verstehen, worum es hier geht.“ Es klingt, als habe Patrick Klein von der Initiative Tierwohl in den letzten Wochen öfter schon versucht, den Vorstoß des Handels zu erklären. „Unser Kennzeichnungssystem ist kein Produktsiegel, sondern ein System, das erstmal einordnet.“ Es diene der Transparenz und der Bewusstseinschärfung der Verbraucher. Die reagieren an der



Stelle tatsächlich nicht alle wie Foodwatch, sondern in Person von Sabine Klein von der Verbraucherzentrale Düsseldorf durchaus mit Applaus. „Wir begrüßen vor allem, dass überhaupt etwas passiert.“ Schon Anfang der 2000er Jahre haben sich die europäischen Verbraucher dafür ausgesprochen, dass Fleischprodukte in Hinblick auf die Tierhaltung gekennzeichnet werden sollten. Sie seien frustriert und wüssten nach wie vor nicht, woran sie sich orientieren sollen. Der Handel sei nun vorgeprescht und man finde gut, dass der Markt damit transparenter werde, so Klein. Verbraucher könnten auf den Produkten erkennen, ob ein höherer Preis auch eine bessere Tierhaltung bedeute. Und es sei auch zu begrüßen, dass es mit der Stufe 3 eine Kategorie für wirkliche Verbesserungen in der Tierhaltung gebe, die nicht gleich allen Kunden das doch noch mal deutlich teurere High-End-Produkt – meist Bio – in Stufe 4 abverlange. Aber es gebe eben auch einige Aber bei der Sache. Sabine Klein fürchtet die Verwirrung der Verbraucher durch die umgekehrte Nummerierung, schließlich gilt in der Schule und bei der Eierkennzeichnung: je geringer die Ziffer, desto besser das Produkt. Außerdem seien die

Abstände zwischen den Stufen nicht nachvollziehbar, liege doch nicht viel zwischen 1 und 2, dann aber ein deutlicher Schritt, der sich in der Deutlichkeit auch finanziell niederschlagen müsste zwischen 2 und 3. Der Verbraucher erwarte bei der Steigerung der Anforderungen wie auch beim Preis eine gewisse Linearität. „Es wirkt eben doch alles ein bisschen so, als wolle der Handel die Stufe 2 und damit seine eigene Tierwohlinitiative promoten.“ Im Geflügelbereich der Eigenmarken (schließlich sind nur die überhaupt erst gekennzeichnet) ist fast alles in der Kühltruhe mit Stufe 2 gekennzeichnet, dort sind die Produktionsketten übersichtlicher als bei Schweinen. „Natürlich suggeriert das dem Verbraucher, dass hier schon richtig viel passiert ...“, Klein lässt den Satz so angefangen stehen.

## Wahlfreiheit?

Ihr Namensvetter von der Initiative Tierwohl setzt auf die Bewegung, die durch die Initiative bereits entstanden ist und nun auch dadurch, dass alles automatisch kategorisiert werde, weitergehe. Auf den landwirtschaftlichen Betrieben wie auch bei den Marktpartnern, die bislang noch nicht mitmachen. Auch bei Schweinefleisch, das habe man als Initiative Tierwohl ja schon angekündigt, arbeite man an der Nämlichkeit für die Produkte aus Betrieben, die sich an der Initiative beteiligen, noch sei man bei 1 bis 2 % mit der 2 gekennzeichneten Schweinefleischprodukten. Die Teilstückproblematik, die noch nicht beteiligte Sauenhaltung – bei Schweinen ist es alles komplizierter. Patrick Klein sagt dazu „Ein umfangreiches Angebot in allen vier Stufen vorzuhalten wäre sehr teuer.“ Denkt man die wirklich freie Verbraucherentscheidung, die jedes Produkt in jeder Haltungsstufe im Supermarkt vorfinden müsste, zu Ende, müssten vier getrennte, parallele Produktionsketten entstehen. Ob das wirklich von allen Beteiligten gewollt ist und angestrebt wird, sei dahin gestellt. Die Realität ist gerade – noch – eine andere. In den meisten Supermärkten gibt es alles in Stufe 1, Geflügel in 2 und vielleicht ein paar Produkte Bio in 4. Gerade in der aus Verbrauchersicht spannenden Stufe 3 machen bislang im nennenswerten Umfang nur Aldi und Pennv ein Angebot – und selbst die

Fortsetzung Seite 12 unten

# Was kostet ein Stufenschwein?

Differenziert sich der Schweinemarkt, gibt es mehrere Kostenstufen

Seit dem 1. April kennzeichnen die meisten Handelsketten Schweinefleisch mit einem einheitlichen Haltungskompass. Spätestens jetzt dürfte jedem Beteiligten am Schweinemarkt klar sein, dass die Fleischdifferenzierung in Stufen eine Tatsache ist, auch wenn viele Einzelheiten noch zu klären sind. Der Handel geht vor und die Politik wird nachziehen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hat sogar angekündigt, dass sie sich mit einem „viel besseren System“ an die Spitze der Diskussion stellen will.

Kriterien für ihre drei verschiedenen Stufen der staatlichen Haltungskennzeichnung oberhalb des gesetzlichen Standards hat sie im Groben vorgelegt, so dass sich die Erzeuger damit auseinandersetzen sollten, in welcher Stufe sie in Zukunft produzieren wollen. Für die Bauern ist die entscheidende Frage: Was kostet die Erzeugung auf der jeweiligen Stufe und welchen Preis braucht der Bauer?

## Kostenkalkulation

Eine Gruppe von Marktexperten von der Landwirtschaftskammer bis zur DLG haben die Kosten verschiedener Haltungsverfahren in Anlehnung an die drei Stufen des staatlichen Tierwohlkennzeichens berechnet. Für den gesetzlichen Standard haben sie Gesamtkosten der Schweinemast von ca. 1,60 Euro/kg netto errechnet (unabhängig davon, ob der Preis am Markt die Kosten deckt). Dabei gehen sie pro Schwein u. a. von 132 Euro Direktkosten plus 18 Euro Gebäudekosten plus 14 Euro Lohn aus. Höher sind die Anforderungen, wenn freiwillig mehr „Tierwohl“ umgesetzt wird. Stufe eins: Stallhaltung plus: Gefordert sind z. B. 20 % mehr Platz, organisches Beschäftigungsmaterial, Nestbaumaterial bei Sauen. Errechnet wurde ein

Vollkostenpreis von 1,88 Euro/kg (plus MwSt.), weil u. a. die direkten Ausgaben um 15 Euro, die Gebäudekosten um 7 Euro und der Lohn um 4 Euro steigen.

Stufe zwei: Offenstall: Gefordert sind z. B. 47 % mehr Platz, weiche Liegefläche, Offenfront, mind. 28 Säugetage, Kupierverbot. Errechnet wurden Kosten von ca. 2 Euro/kg, bedingt durch höhere Stallplatz- und Lohnkosten.

Stufe drei: Premium: Gefordert sind z. B. 100 % mehr Platz, Auslauf, geschlossene Liegefläche, mind. 35 Säugetage, Kupierverbot. Errechnet wurde hierfür ein Kostenpreis von netto 2,22 Euro/kg. Gegenüber dem gesetzlichen Standard schlagen höhere Kosten u. a. von 30 Euro für Direkt, 20 Euro für Gebäude und 10 Euro Lohnausgaben zu Buche.

## Realistisch?

Über Einzelheiten der Berechnung kann man schon seit Schulzeiten trefflich streiten. Welchen Ferkelpreis, welche Futtermittelverwertung und Tageszunahmen man nimmt, ob Neubau oder Umbau, wie hoch der Lohnanspruch anzusetzen ist usw. – all dies beeinflusst die Kalkulation. Hier geht es um einen Mittelwert, der auch von Beratern im Prinzip anerkannt wird. Dass z. B. in den letzten Jahren die Kosten für das gesetzliche Standardschwein von 1,60 Euro/kg am Markt nicht erzielt wurden, ist keine Frage der Kosten, sondern der Marktverhältnisse. Besonders bei der Stufe eins differieren die Berechnungen. Im Unterschied zur Kammer/DLG halten andere einen Kostenpreis von 1,75 bis 1,80 Euro/kg für machbar. Die Kosten für Stufe zwei und drei liegen auch der Preisgestaltung der aktuellen Marken- bzw. Premiumprogramme zugrunde, z. B. bei Neuland oder Hofglück/Edeka (Tierschutzlabel Premium). Marktken-



Die Auswirkungen von Blumenkästen lassen sich nicht so einfach berechnen Foto: Schievelbein

nern zufolge sollen auch Eichenhof/Penny („Teutoburger“) und Tönnies/Aldi („fair und gut“) für Offenfrontstallproduktion die erhöhten Kosten ausgleichen. Andere nutzen das Wirrwarr der Marken, um die Bauern mit viel zu geringen Aufschlägen abzuspiesen. Gleichwohl muss man berücksichtigen, dass auch heute schon manche Programme finanzielle Unterstützung aus der zweiten Säule bekommen können, durch Beihilfen für den Stallbau oder durch Bundesland-Förderungen wie die Ringelschwanzprämie (Niedersachsen) oder „artgerechte Tierhaltung“ (NRW, Baden Württemberg).

## Vorwärtskalkulation

Einig sind sich nahezu alle Marktexperten, die bisher in den höheren Stufen agieren, in folgenden Punkten:

1. Die Frage der Kosten und des Preises muss dringend JETZT auf die Tagesordnung und muss von den Erzeugern aktiv betrieben werden. Grundlage muss eine „Vorwärtskalkulation“ sein. Sonst bekommen sie wieder nur das, was Handel und Industrie übrig lassen.
2. Die Differenzierung durch die Haltungskennzeichnung MUSS offensiv als strategische Chance genutzt werden, um eine höhere Wertschöpfung der Erzeugung und Wertschätzung der bauer-

lichen Arbeit zu erzielen. Standardproduktion und Wachsen oder Weichen sind zwei Seiten einer Medaille.

3. Die Preise für die einzelnen Stufen müssen sich an den Entstehungskosten orientieren. Sie dürfen NICHT als Aufschlag auf dem Notierungspreis basieren, auch wenn das die Notierungskommission der Vereinigung der Erzeugergemeinschaften (VEZG) zur Absicherung ihres Einflusses vorschlägt. Sinnvollerweise muss sich ein eigenes Preissystem auf allen Stufen bilden.

4. Damit würde der Differenzierung der Erzeugung und des Marktes auch ein differenziertes Preissystem folgen.

5. Der Ausgleich (plus eines Innovations- oder Qualitätszuschlages) für die höheren Kosten muss über drei Elemente kommen: Zum einen und am wichtigsten durch die Marktpreise, dann durch Investitionsbeihilfen und schließlich durch eine Förderung über die zweite Säule von Tier- und Umweltschutzprogrammen.

Die Erfahrungen des Biomarktes – dem bisher wichtigsten Markt mit höheren Anforderungen – zeigen, dass erst, wenn sich ein eigenständiger Preis bildet, die Wertschöpfung sich vom strukturell zu niedrigen Standardpreis lösen kann. *hg*

Fortsetzung Seite 11

nicht überall. Daraus macht der Handel die Aussage: Wir verkaufen das meiste Fleisch in Stufe 1 und 2, also ist dem Kunden das Tierwohl wohl doch nicht so viel wert. „Der Verbraucher reagiert zurückhaltend auf das höherpreisige Angebot“, sagt auch Patrick Klein von der Initiative Tierwohl und beruft sich auf eine Untersuchung der Universität Osnabrück. Sie hatte über

einen kurzen Zeitraum den Absatz von neu eingeführten speziellen Tierwohl-Produkten in Edeka-Märkten untersucht. Nur 16 % der Kunden griffen zu dem teureren Fleisch. „Es ist scheinheilig und unzulässig, dass der Handel die Entwicklungen des vergangenen Jahres so interpretiert“, hält Sabine Klein dagegen. Solange das Angebot nicht da sei, habe der Verbraucher doch die Wahlfreiheit gar nicht, so Klein. „Erst wenn ein nennenswerter Anteil aller

Produkte von allen Tierarten in den verschiedenen Stufen im Handel liegt, kann man ein Fazit ziehen.“ Die Osnabrücker Studie könne man auch positiver auslegen, ziehe man die Kürze der Verlaufszeit in Betracht oder rechne das verkaufte Biofleisch auch in den Anteil derer, die Tierwohl kaufen wollen. Aus Sicht von Klein wird hier vom Handel zu viel in eine Richtung interpretiert, die möglichst wenig Veränderung verheißt. „Im Gegensatz zu seiner

Außendarstellung habe ich den Handel in Deutschland oft verweigernd erlebt. Wir fordern ihn auf, das Angebot in den Stufen 3 und 4 deutlich zu erhöhen“, sagt Klein. Und endlich müsse sich dann auch die Politik bewegen, konkret werden, den Bauern und Bäuerinnen Rahmenbedingungen setzen und sie mit entsprechenden Förderprogrammen beim Umbau der Tierhaltung unterstützen. *cs*



# „Für mich ist das krasses Politikversagen“

Martin Hofstetter von Greenpeace zu Tierzahlen, Düngeintensität und der Rolle des Handels

*Unabhängige Bauernstimme: Herr Hofstetter, Sie sind Agraringenieur und nach vielen Jahren in der Wissenschaft zu Greenpeace gewechselt und dort vor allem im Landwirtschaftsbereich tätig. Sie haben die Gentechnik- und die Pestizidarbeit begleitet und sind jetzt als Political Advisor neben Landwirtschaft auch in die Greenpeace-Arbeit zu Wald eingebunden. Im Bereich Landwirtschaft macht Greenpeace seit längerem auf die Zustände in der industriellen Tierhaltung aufmerksam. Ist der Tierschutz nach dem Umweltschutz ein neues Betätigungsfeld der Organisation?*

Martin Hofstetter: Natürlich ist uns am Wohl der Tiere gelegen. Das ist ja eigentlich eine moralische Selbstverständlichkeit. Dass wir uns im Landwirtschaftsbereich aktuell stärker auf die Tierhaltung und aktuell auf die Düngeintensität konzentrieren, hat aber vor allem den Hintergrund, dass wir die Artenvielfalt, sauberes Grundwasser und Klima besser schützen wollen. Alle drei Bereiche hängen mit Qualität und Quantität der Tierhaltung zusammen. Es muss darum gehen, die Tierbestände vor allem wieder stärker an die Fläche zu binden, aus Klimagründen aber auch insgesamt abzubauen. Gleichzeitig muss auch der Konsum verändert werden.

*Das heißt, Sie wollen weniger landwirtschaftliche Betriebe?*

Überhaupt nicht, im Gegenteil. Ich denke, gerade kleinere, innovative Betriebe kommen mit neuen Herausforderungen besser

zurecht. In der Tierhaltung wird es darum gehen, welche Haltungsverfahren mittelfristig noch zukunftsfähig sind. Und in den Intensivregionen stößt die Tierhaltung doch permanent an ökologische Grenzen. Genau hier entstehen ja die Probleme der intensiven Nutzung, der Überdüngung. Unsere Überlegung ist, wenn bei mehr Tierwohl 20 Prozent mehr Platz pro Tier vorhanden sein muss, dann reduziert sich bei gleicher Stallgröße die Tierzahl um etwa 20 Prozent.

*Weniger Tiere pro Betrieb bedeutet aber auch weniger Einkommen. Bei den Schweinepreisen, auch wenn sie aktuell etwas anziehen, wäre das für viele ökonomisch nicht darstellbar.*

Wieso, wenn ich bei weniger Tieren pro Tier mehr bekommen kann? Natürlich müssen die Landwirte kostendeckend arbeiten können. Aber eben nicht auf Kosten natürlicher Ressourcen. Neben neuer Anforderungen bei der Tierhaltung, dem Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration und einem zu erwartenden Kupierverbot für Schwänze, steigen ganz aktuell durch die Düngeverordnung die Entsorgungskosten für Gülle. Und vom Bundesverfassungsgericht droht eine Normenkontrollklage, durch die die Nutztierhaltungsvorschriften verschärft werden. Das haben wir übrigens mit angeleiert. Einfach so weitermachen geht nicht mehr.

*Wieso wenden Sie sich mit Ihren Aktionen dann an den LEH? In Hamburg*

*haben Sie die Schaufenster einer „Netto-Filiale“ mit einem Bild tapeziert, das den Blick in einen vollen Schweinemaststall freigibt.*

Wir haben bei unserer Arbeit zu Gentechnik und Pestiziden die Erfahrung gemacht, dass es sinnvoll ist, die konzentrierte Struktur des LEH nicht nur zu kritisieren, sondern auch zu nutzen. Die einzelnen Unternehmen dort stehen in Konkurrenz zueinander, was eine zusätzliche Dynamik mit sich bringt. Bei der Gentechnik-Kampagne waren die Unternehmen noch überrascht: „Warum wir? Wir handeln doch nur mit den Produkten anderer?“ Aber inzwischen reagiert man dort schnell und nimmt die Kritik auf. Insbesondere gilt dies für deren Eigenmarken, für die dann neue Produktionsbedingungen festgelegt werden.

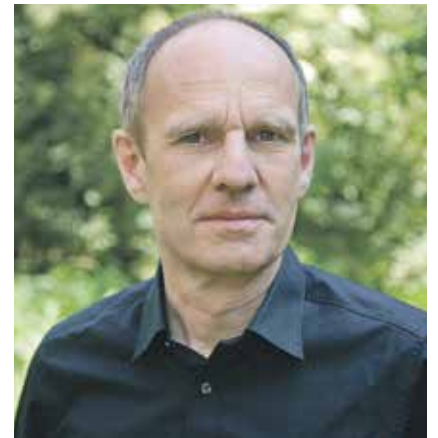
*Die Funktionäre des Bauernverbands fordern immer wieder verlässliche Rahmenbedingungen. Meist soll alles beim Alten bleiben. Trotzdem denkt man bei einem rechtlich verbindlichen Rahmen doch eher an die Politik als an den Handel?*

In der Landwirtschaftspolitik wird die Verantwortung immer hin- und hergeschoben: von den Ländern zum Bund und dann nach Europa. Vor dem Hintergrund der anstehenden Fragen zu Klima, Biodiversität und Grundwasserschutz, aber auch die ökonomische Situation der Betriebe betreffend, ist das politische Handeln von Unverantwortlichkeit geprägt. Für mich ist das krasses Politikversagen, wenn klare Vorgaben, wie bei der Ferkelkastration, zu engen Kastenständen oder auch Klimazielen, nicht politisch umgesetzt werden.

*Das heißt, Sie wollen über eine Kennzeichnung der Produktionsform Transparenz erzeugen und über eine gesteigerte Nachfrage die Produktion verändern?*

Eigentlich ist es die Aufgabe der Politik, klare Regeln und Standards festzulegen. Aber da passiert nichts. Die höheren Standards über die Lebensmitteleinzelhändler zu erreichen, ist ein alternativer Weg, der eigentlich zu einer unbefriedigenden Lösung führt. Besser wäre es, der Staat würde eine verpflichtende vollständige Haltungskennzeichnung einführen, gerne auch über den LEH hinaus bei der Außerhausverpflegung etc. Auch ist eine weitergehende Steuerung für einen Umbau der Tierhaltung nicht vom Handel zu erwarten.

*Gibt es auch Vorteile durch die „direkte“*



Martin Hofstetter

Foto: Greenpeace

*Kommunikation mit dem Handel?*

Ich glaube, dass der Handel deutlich flexibler ist, wenn es darum geht, die Kriterien weiterzuentwickeln. Vielleicht sind zehn Prozent mehr Platz bald nichts Besonderes mehr oder reichen nicht aus. Dann könnte man schnell auf 20 Prozent in der Einstiegsstufe gehen. Oder man integriert den Wunsch nach gentechnikfreien Futtermitteln auch dort. Auch wird an den aktuellen Kennzeichen kritisiert, dass die Tiergesundheit zu wenig Einfluss hat. Schlachtkörperbefunde und intakte Ringelschwänze könnten zukünftig Indikatoren für artgerechtes Verhalten und Tiergesundheit sein.

*Und wo bleiben die Bauern in diesem Spiel zwischen Politik, Handel und Verbraucher?*

Das bleibt sicher zu einem wesentlichen Teil eine Frage des Aushandelns. An dieser Stelle hilft es nur, den Organisationsgrad unter den Landwirten zu erhöhen und dadurch eine bessere Verhandlungsposition zu erlangen. Aber klar ist auch, dass, wenn man aus der Nische rauswächst und immer mehr Betriebe mitmachen, auch die Gefahr steigt, dass man austauschbar wird.

*Welche Rolle spielen die NGOs zukünftig in der Landwirtschaftspolitik?*

Es gibt ja wahnsinnig viele interessante Agrarthemen. In anderen Bereichen geht es durchaus vorwärts. Das Thema Atom ist quasi schon weg, bei Kohle geht es hoffentlich endlich vorwärts und auch der Verkehrsbereich wird sich in den kommenden Jahren massiv verändern. Ich schätze, die Landwirtschaft und Ernährung werden als Thema noch an Bedeutung gewinnen. Vor allem, wenn die Politik, allen voran Frau Klöckner als Bundeslandwirtschaftsministerin, ihre Aufgaben zur Gestaltung eines Umbaus der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl, aber auch mehr Arten- und Klimaschutz, nicht wahrnimmt, ja, dann werden die NGOs in diesem Bereich immer aktiver werden.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

mm



Greenpeace-Aktion für eine andere Schweinehaltung beim LEH

Foto: Grapatn/Greenpeace



# „Konventionelle Betriebe überlegen artgerechte Tierhaltung“

Schweinehalter Wilhelm Ecke war und ist der erste

Das Fenster geht auf. „Guten Tach. Läuft alles?“ „Läuft alles! Wo ist die Madame?“ „Die hat eine neue Hüfte eingebaut gekriegt.“ Wilhelm Ecke steht in der Küche seiner Mutter, draußen der Kunde. Die Fensterbank und ein zusammengezimmelter Tisch sind der Verkaufstresen. Aus der Küchenzeile ragt quer die Arbeitsplatte heraus, damit Platz für ein Sortiment von Eierpappen und Eiern vorhanden ist. Ein Griff nach rechts und der Kunde hat zehn Eier für drei Euro in der Hand. Eier, Kartoffeln und auf Bestellung auch Fleisch sind Eckes Hofprodukte und werden zu einem kleinen Teil durch das Küchenfenster direkt vermarktet.

## Neuland statt Nebenerwerb

Als Wilhelm Ecke (heute 58) den Hof vor mehr als dreißig Jahren übernahm, wuchsen in der Gegend immer größere Schweineställe ohne Fenster, mit Güllekeller und zum Teil aus Asbestzement gebaut. „Damals konnte sich kein Landwirt mehr vorstellen, Tiere auf Stroh zu halten“, sagt Wilhelm Ecke, „Ich bin mit Tieren auf Stroh groß geworden und für Wachsen bin ich nicht der Typ.“ Für ihn sei es kein gangbarer Weg gewesen, zur Bank zu gehen, um Pachtflächen zu boxen, immer zur

Stelle zu sein, wenn ein Betrieb in der Gegend aufhörte. Statt dessen saß Wilhelm Ecke mit Verbänden des Agrarbündnisses am Tisch. Als eine Antwort auf diese Entwicklung sollte ein Qualitätsprogramm für Tierhaltung auf den Weg gebracht werden. Kriterien wurden entwickelt. Ein Bauer rechnete die Kosten für die Tiererzeugung durch. „Das war neu für uns. Wir sind überhaupt nicht darauf gekommen, dass wir nach vorne kalkulieren könnten. Seitdem ist es das Prinzip bei Neuland, sozusagen der bäuerliche Gedanke“, sagt er. Dann brauchte es die Umsetzung in der Praxis. Alle Augen am Tisch richteten sich auf Wilhelm Ecke. Sein Hof wurde im Jahr 1989 der erste Neuland-Betrieb. Er sagt: „Ohne Neuland wäre mein Hof heute ein Nebenerwerbsbetrieb.“

Neun Uhr: Ecke und sein Vollzeitmitarbeiter Jawer Malali aus Syrien sammeln Eier im Legehennenstall. Am frühen Nachmittag wird ein zweites Mal gesammelt. Täglich sind es etwa 700 Eier von knapp 1.100 Legehennen. Ecke legt die Eier auf ein Miniaturfließband. Eine Waage sortiert in vier verschiedene Größen von XL bis S. 1-DE-U 507101 – der Code wird maschinell auf die Eier gestempelt. Jawer bestückt die Eierpappen. Wilhelm

Ecke beliefert Großküchen und der Rest wird über den Neuland-Vertrieb West in Bergkamen vermarktet. Außerdem hat er noch 800 Masthühner, die jetzt zwei Wochen alt sind. Die Rasse Isa 757 wächst etwa ein Drittel langsamer als konventionelle Rassen und erreicht nach zehn bis zwölf Wochen das Schlachtgewicht von drei Kilogramm. Erst zwei Tage alt sind weitere 1.700 Küken. Die sollen im mobilen Hühnerstall von Sebastian Becker gemästet werden, der einen Bauernhof im Dorf gepachtet hat und einen Neuland-Betrieb aufbauen will. Des Weiteren gibt es 300 Mastschweine und 50 Mastfärsen auf dem Hof der Eckes. Von den 70 Hektar Land sind zwei Drittel Pachtflächen, davon 20 Hektar Grünland für die Rinder, die weder Mais noch Kraftfutter erhalten. Auf dem Rest baut er Getreide, Raps, Triticale, Ackerbohnen und Kartoffeln an. Auf 450-Euro-Basis arbeitet noch Andreas Kruse mit auf dem Betrieb.

## Es wird geholfen

„Die Quasselbüchse ist nur am Brummen“, Wilhelm Ecke zeigt auf das Smartphone auf dem Stubentisch. Es ist schon spät abends, trotzdem bekommt Karin Ecke (53) immer noch eine WhatsApp-Nachricht nach der nächs-

ten. Sie ist ehrenamtlich Ansprechkontakt für den „Patenschaftskreis für Flüchtlinge in Fröndenberg“, aber die Arbeit ist mehr als tagfüllend. Karin Ecke sagt dann: „Geholfen haben wir schon immer.“ Etwa in den 90ern, als der Jugoslawienkrieg tobte. Bei den Eckes lief damals die Sendung Kennzeichen D auf ZDF, wo berichtet wurde, dass es die Möglichkeit zu helfen gebe. Karin Ecke rief an. Sie nahmen in der Zeit drei Familien aus dem Kriegsgebiet auf, sprachen Einladungen aus, unterschrieben Bürgschaften. Die erste Familie war eine Frau mit drei Kindern, deren Vater weggebombt worden war. Immer wieder fanden Menschen Zuflucht im Haus der Eckes. Die Flüchtlingswelle im Jahr 2015 schwemmte auch Menschen nach Fröndenberg. Karin Ecke hilft bei Behördenwegen und ruft Firmen an, um nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu fragen.

## Konventionelle überlegen

„Was soll der Quatsch? Läuft sowieso nicht.“ Das hat Wilhelm Ecke immer wieder hören müssen, als er die Wände in den alten Ställen durchbrach, damit die Schweine rauslaufen konnten. Heute bekommt er Besuch von Kollegen, die Gülle bei ihm loswerden wollen. „Das mache ich aus Prinzip nicht“, sagt er dann. Ihn werde die Gülleverordnung nicht treffen. Sein Betrieb liegt nicht in einem der sogenannten roten Gebiete und er hat knapp 50 Kilogramm Stickstoff auf einen Hektar aus der Tierhaltung. „Die Betriebe sind zurückhaltend geworden, was jetzt kommt“, sagt er. „In der breiten Landwirtschaft vernehme ich ein großes Interesse, in irgendeiner Form an Qualitätsprogrammen teilzunehmen. Konventionelle Betriebe überlegen artgerechte Tierhaltung.“ Ob der Hof bei den Eckes von einem der vier Kinder weitergeführt wird? Karin Ecke sagt: „Zwei sind nicht ganz happy, aber auch nicht ganz abgeneigt. Sie können es auch anders machen, aber wenn, dann sollten sie etwas Neues und Einzigartiges entwickeln.“

Berit Thomsen, AbL-Mitarbeiterin für Internationale Agrarpolitik



Jawer Malali (li) und Wilhelm Ecke.

Foto: Fred Dott



# Biokartoffeln und Unternehmensverantwortung

Denree sorgt mit Importware für Preisdruck

Manchmal halten sich schlechte Angewohnheiten länger, als man es ihnen zutraut. Darunter fällt die, dass zum Spargel im Frühjahr nur neue – und damit in jedem Fall Import- – Kartoffeln gereicht werden dürfen. Offenbar macht diese Angewohnheit auch vor Biokunden nur schwer halt. Jedenfalls hat es Jahre gebraucht, bis es den Biobauern und -bäuerinnen im Bio-Kartoffel-Erzeuger-Verein (BKE) durch viel Kommunikation gelungen ist, den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) als deutschlandgrößten Vermarkter von Biokartoffeln davon zu überzeugen, dass es nicht dem Bild eines verantwortungsbewussten, nachhaltigen Unternehmens entspricht, wenn im Frühjahr optisch hübschere Ware, womöglich auch noch zu geringeren Preisen, neben altertümlichen Knollen in den Supermärkten auftaucht oder sie womöglich ganz aus den Regalen verdrängt. Jahr um Jahr fuhren Biobauern und -bäuerinnen immer wieder einwandfreie Kartoffeln in Biogasanlagen oder Trockenanlagen, weil Omas Gesetz vom Spargel mit Importkartoffeln nach Kalender und nicht nach verfügbarer Menge regierte. Dass Biokartoffeln in Nordafrika (vorzugsweise in Ägypten und Israel) mit einem erheblichen Bewässerungseinsatz eher von agrarindustriellen Unternehmen und nur zum kleineren Teil in bäuerlichen Kooperativen erzeugt und dann energieaufwändig hierher geschifft werden müssen, wollte lange niemand so richtig hören. Erst seit ein paar Jahren und nachdem ein Skandal um unerlaubte Substanzen, gefunden in ägyptischer Ware, das Bewusstsein schärfte, änderte der LEH seine Praxis und verkauft nun im Wesentlichen heimische Kartoffeln, solange es sie gibt. Das BKE spricht von einer Verfügbarkeit an rund 300 Tagen im Jahr. Die Lücke zwischen den letzten alten und den ersten neuen Knollen aus der sonnenverwöhnten Pfalz füllen vertraglich abgesicherte Mengen aus Spanien. Die Situation für die Bauern und Bäuerinnen wie auch für die Händler und Packer hat sich entspannt, weil es einen gewissen Branchenkonsens gibt. „Wir achten darauf, dass Obst und Gemüse, sofern es in Deutschland verfügbar ist und unseren Qualitätsstandards entspricht, auch dementsprechend eingekauft wird“, lässt sich Annett Entzian, Aldi-Managerin, in der *BIOwelt* zitieren.

## Aus der Wüste

Schwerer tun sich große Akteure des

Biohandels. Man wolle den Kunden entscheiden lassen, kommunizierte Denree beispielsweise immer wieder. Auch dies Jahr finden sich Mitte April in Berliner „denn’s“-Biosupermärkten Demeter-Frühhkartoffeln für zunächst 1,79 Euro/kg, später sogar für 1,66 Euro/kg aus Ägypten neben regional erzeugten Biokartoffeln der letztjährigen Ernte für 2,29 Euro/kg. Für Phillip Brändle, Mitglied im AbL-Bundesvorstand, ist das Billigangebot schon alleine aufgrund des Vorhandenseins regionaler Kartoffeln nicht nachvollziehbar: „Zwar neigen sich die Läger mit regionalen Biokartoffeln langsam dem Ende entgegen, aber Kolleginnen und Kollegen sowie Erzeugerzusammenschlüsse hatten durchaus noch Kapazitäten, um noch bis Ende April regionale Biokartoffeln nach Berlin zu liefern.“ Und darüber hinaus gebe die Preisgestaltung Anlass zu Kritik: „Wie kann es sein, dass Biokartoffeln aus einem Land, das zu 96 Prozent aus Wüste besteht und von wo aus die Kartoffeln rund 2.900 km nach Berlin transportiert werden müssen, 50 Cent je Kilo günstiger sind als die Ware der Bauern aus dem Umland von Berlin?“ Es sei ein fatales Signal an die regionalen Bäuerinnen und Bauern in Brandenburg, die aktuell Kartoffeln pflanzen. Reiner Bohnhorst, Bioland-Kartoffelbauer aus der Lüneburger Heide, weist zudem daraufhin, dass die Preisbildung von Saison zu Saison neu statt finde. Die Importkartoffeln setzten als erste Ware auf dem Markt eine Duftmarke für alles was dann danach komme. „Billige Kartoffeln aus Ägypten als Einstieg in das neue Jahr machen es ein paar Wochen später unseren Kollegen in der Pfalz schwerer ihren hohen Arbeitsaufwand für Frühkartoffeln in Rechnung zu stellen und im Herbst auch uns, einen fairen Preis für unsere Ernte zu erzielen.“

## König Kunde

Denree äußerte sich gegenüber *top agrar* zu der Kritik, die Importkartoffeln kämen von einem ihnen bekannten, grundwasserschonend arbeitenden Betrieb und seien eine Ergänzung zum regionalen Angebot, das man rund ums Jahr machen wolle. „Dadurch können unsere Kundinnen und Kunden stets zwischen heimischen und auswärtigen Sorten wählen“, heißt es in der Erklärung. cs



Biokartoffeln pflegen hat seinen Preis

Foto: Bohnhorst

## Geht nicht gibt's nicht!

Striegelvorführung beim Praxisnetzwerk

Mit mechanischer Unkrautbekämpfung, teilweise sogar ohne Pflug, haben wir bei der Marktgemeinschaft Kraichgaukorn seit 30 Jahren Erfahrung und es geht!“ – Mit diesen Worten motivierte der Vorsitzende Roland Waldi die etwa 40 interessierten, konventionell und ökologisch wirtschaftenden Landwirte, die an einer Striegelvorführung auf dem Betrieb Ratzel bei Karlsruhe am 26. März teilnahmen. Bei der Marktgemeinschaft Kraichgaukorn bauen 50 Landwirte ihr Getreide ohne Pflanzenschutzmittel an und vermarkten es regional erfolgreich in Baden-Württemberg. Zur Veranstaltung hatte Julia Bader vom Praxisnetzwerk zur Erprobung nicht-chemischer Unkrautbekämpfung des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums Augustenberg und der Universität Hohenheim eingeladen.

## Ackerwildkraut-Meisterschaft

Als einen wichtigen Grund für die Umstellung auf mechanische Unkrautbekämpfung nannte Waldi die Zunahme von Resistenzen gegen chemische Mittel bei Unkräutern, z. B. beim Ackerfuchschwanz. Eine weitere Stärke der mechanischen Unkrautbekämpfung ist, dass Ackerwildkräuter, die wichtig für das Ökosystem sind, reduziert, aber nicht komplett ausgeradiert werden. In Baden-Württemberg ist es möglich, bei Herbizidverzicht 80 Euro/ha Fördergelder aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu erhalten. Thomas Kuppinger vom Landschaftserhaltungsverband stellte die Ackerwildkraut-Meisterschaft 2019 in Baden-Württemberg vor, die auf das Engage-

ment von Landwirten aufmerksam machen möchte.

## „Gescheite Fruchtfolge“

Waldi beschrieb als wichtigste Voraussetzung für einen Verzicht auf Herbizide eine „gescheite Fruchtfolge“. Er empfahl eine späte Aussaat des Wintergetreides, da dann die Konkurrenz durch Unkräuter geringer sei. Bei der Striegelvorführung erklärte Ullrich Ratzel, dass die Zinken Unkräuter verschütten und teils herausreißen würden. Die Zuschauer wirkten zufrieden mit dem Striegel, aber darunter mischten sich auch Bedenken, ob der Striegel das Getreide zerstören könnte, sowie die Unsicherheit, ob die mechanische Unkrautbekämpfung zu schaffen sei. Ullrich Ratzel mahnte jedoch vor falscher Vorsicht und empfahl, die Striegelzinken tief genug durch den Boden zu ziehen. Waldi beschrieb, dass zwar die Getreidepflanzen auch teils beim Striegeln verschüttet würden, aber nach acht Tagen wieder zu sehen und meist unversehrt seien und sogar zur Standfestigkeit und Bestockung angeregt würden. Ein Landwirt merkte an, dass das Verschütten von Unkräutern durch den Striegel auf schwereren Böden nicht möglich sei, woraufhin Waldi „Geht nicht gibt's nicht“ erwiderte und als eine von vielen Alternativen Rollhacken vorschlug. Bei der mechanischen Unkrautbekämpfung heiße es auszuprobieren, was auf den eigenen Betrieb passe. Gleiches gelte für die Frage, wie die unter Umständen entstehenden neuen Arbeitsspitzen abgefangen werden können. Hierbei wäre ein finanzieller Ausgleich für die Herbizidreduktion hilfreich.

Svenja Holst, AbL-Projekt „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“

# Gentechnik-Verunreinigungen im Bayer-Saatgut

Konzern muss für Folgekosten Verantwortung tragen

**B**is Ende März 2019 mussten in Deutschland ca. 2.150 Hektar konventioneller Winterraps umgebrochen werden, weil er mit einem Gentechnik-Raps-Konstrukt „GT73“ der Firma Bayer verunreinigt war. Betroffen sind 84 landwirtschaftliche Betriebe in zehn Bundesländern, in denen die Verunreinigungen mit der Sorte „DK Exeption“ von Dekalb auftraten. Diese Sorte hat in Europa keine Anbauzulassung, also gilt Nulltoleranz. Dekalb wurde 1998 von Monsanto gekauft, heute gehören die Marke und das Zuchtmaterial Bayer CropScience. Aufgefallen waren die Verunreinigungen mit GT73 bereits am 25. Oktober 2018 bei staatlichen Saatgutuntersuchungen in Frankreich. Erst am 21. Dezember informierte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Öffentlichkeit, ebenso einige Ministerien auf Landesebene.

## Verunreinigungsweg unklar

Der GT73-Gentechnik-Raps hat eine Resistenz gegen Glyphosat. Angebaut werden darf er in Kanada, USA, Australien und Japan. Soweit aktuell bekannt kommt die verunreinigte Ausgangspartie aus Argentinien. Laut Bayer Frankreich wurde sie in einem gentechnikfreien Gebiet er-

zeugt. Der Anbau von GT73 ist in Argentinien verboten. Wie es genau zu den Verunreinigungen kam, ist noch nicht geklärt. Das verunreinigte Saatgut wurde sowohl in Frankreich und Deutschland als auch in der Tschechischen Republik und in Rumänien verkauft.

## Raps kommt immer

Die zuständigen Behörden der betroffenen Bundesländer haben die betroffenen Landwirte informiert. Hessen hat beispielsweise angeordnet, „den aus dem verunreinigten Saatgut entstandenen Rapsaufwuchs durch mechanische Bearbeitung (grubbern oder pflügen) rechtzeitig vor der Rapsblüte zu vernichten. (...) Auflaufende Rapspflanzen sind in der Folgekultur durch Herbizidanwendung zu vernichten. Die Flächen sind regelmäßig zu kontrollieren und alle auf der Fläche befindlichen Rapspflanzen zu entfernen. Bis Juli 2020 darf auf den betroffenen Flächen kein Raps ausgesät werden“, so das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in einem Antwortschreiben an die AbL.

„Raps kommt immer“, so die Aussage eines Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb sei diese zwei-

jährige Anbaupause völlig unzureichend. „Jeder Bauer und auch das BVL weiß, dass Rapssaatgut mindestens 20 Jahre keimfähig im Boden überdauern kann“, schreibt die AbL in einer Pressemeldung. „Raps hat ein enormes Auskreuzungspotenzial, deshalb darf auf diesen Flächen in den nächsten zehn bis 15 Jahren kein Raps angebaut werden und auflaufender Raps muss sehr sorgfältig vor der Blüte entfernt werden. Nur so gibt es eine Chance, weitere Gentechnikverunreinigungen zu verhindern.“

## Verursacher muss zahlen

Diese Anbaupausenforderung klingt hart, auch deshalb, weil die Verunreinigung mit ca. 0,1 % gering ist. Man muss jedoch berücksichtigen, dass Raps aufgrund seiner hohen Vermehrungsrate, der hohen Pollenproduktion und weiten Verbreitung durch Wind und Insekten, der starken Samenbildung und leichten Verbreitung sowie seines Durchwuchsverhaltens ein sehr hohes Auskreuzungspotenzial hat und unter Wissenschaftlern als „nicht koexistenzfähig“ gilt. Klar ist, dass die betroffenen Bäuerinnen und Bauern keine Schuld trifft, sie haben unwissentlich das Saatgut verwendet. Deshalb fordert die AbL, dass alle anfallenden Kosten der Verursacher Bayer CropScience zahlen müsse, sowohl den bereits entstandenen Aufwand, den Ernteausfall als auch die zukünftigen Folgekosten, das Entfernen der auflaufenden Rapspflanzen sowie mögliche Vermarktungsschwierigkeiten. In Frankreich sind 18.000 Hektar betroffen und inzwischen umgebrochen. Laut Nachrichtenagentur Reuters hat Bayer Frankreich den französischen Landwirten eine Entschädigung von 2.000 Euro pro Hektar für den Verlust der Ernte in diesem Jahr angeboten unter der Verpflichtung, im nächsten Jahr keinen Raps anzubauen. In Deutschland sind den Bauern laut Information der Bauernstimme Vergleiche angeboten worden. Damit sollte man vorsichtig sein, weil man sonst vielleicht unterschreibt, dass man auf weitere Ansprüche verzichtet. Folgekosten sind aber noch nicht abzusehen.

## Auch Sortenversuche betroffen

Ende März wurde bekannt, dass auch Sortenversuche betroffen sind – in 7 Bundesländern. Zum Vergleich einer neuen Sorte, die auf den Markt gebracht werden soll, hat die EURALIS Saaten Saatzucht mehrere Prüfsorten von Wettbewerbern eingekauft. Darun-

ter auch eine Dekalb-Sorte. Erst Ende Januar, so Euralis-Geschäftsführer Peter Fleck, habe er von Bayer erfahren, dass die Sorte ebenfalls von den Verunreinigungen mit GT73 betroffen ist. Sie hätten sofort mit den Versuchsanstaltern gesprochen, der die Parzellen umgebrochen habe. Ihnen seien auch die Auflagen der zuständigen Behörden zugegangen, die vorsehen, dass auf den Flächen entweder bis Juni 2019 oder bis Juni 2020 kein Raps angebaut werden darf. Auf die Frage, ob sie darüber hinausgehende Sicherheitsmaßnahmen anweisen würden, antwortete Fleck, man werde sich an die Vorgaben der Landesdienststellen halten.

## Betroffene informieren

Auch in Schleswig-Holstein haben solche Sortenversuche stattgefunden – laut Pressemeldung des Ministeriums betrifft es „eine Fläche von rund 120 Quadratmetern an einem Standort im Kreis Schleswig-Flensburg“. Züchterin Barbara Maria Rudolf aus dem gleichen Kreis, die mit Kreuzblütlern Sortenentwicklung macht, ist sehr beunruhigt. Bei der Züchtung versuche sie alles, um diese vor der Einkreuzung bzw. Fremdbestäubung zu schützen. Das sei aber im Zuchtgarten oder später auf dem Feld nie zu 100 % möglich. Umso wichtiger sei es für sie als Blumenkohl-, Brokkoli- und Rettich-Züchterin, zu wissen, ob sie gegebenenfalls betroffen sein könnte. Bei ihrem Anruf im schleswig-holsteinischen Ministerium habe sie bislang keine Angabe bekommen, wo die betroffenen Sortenversuche genau liegen. Für sie mache es aber „einen enormen Unterschied, zu wissen, ob die potentielle Verunreinigungsquelle in acht oder 50 Kilometer Entfernung liegt“, so Rudolf.

Der letzte Raps-Verunreinigungsfall in Deutschland ist gerade drei Jahre her. Deshalb fordern die AbL, die IG Saatgut und das Gen-ethische Netzwerk (GeN) Nachbesserungen beim Saatgutmonitoring, insbesondere bei Kulturarten, die wie Raps einem hohen Verunreinigungsrisiko ausgesetzt sind. Zudem müsse das Saatgutmonitoring rechtzeitig stattfinden und sofort veröffentlicht werden, so dass eine Aussaat verunreinigter Partien verhindert werden könne. AbL, GeN und IG Saatgut haben die betroffenen Bundesländer mit ihren Nachfragen und Forderungen konfrontiert.

av



Die diesjährige Bayer Hauptversammlung wurde – ein Jahr nach Übernahme von Monsanto – von allen Seiten mit Spannung erwartet. Die AbL konfrontierte die ankommenden Aktionäre mit einer knapp 4 Meter hohen Strohhallen-Figur. Dargestellt war Bayer-Chef Werner Baumann. Dieser hatte in einem Welt am Sonntag-Interview gesagt: „Mit voller Hose gewinnen sie eben keinen 100-Meter-Lauf“. Dazu die AbL: „Klar – mit einer Hose voll mit Monsanto, Klageverfahren gegen Glyphosat und Dicamba und Gentechnik-Verunreinigungen kann man keinen 100-Meter-Lauf gewinnen. Wer jede Chance nutzt, ohne Risiken abzuwägen, der hat am Ende die Hosen voll und gewinnt in keinem Fall einen Marathon für gesunden Lebensmittel-Erzeugung“. Für große Verstärkung bei der gemeinsamen Kundgebung beim Bonner World Conference Center sorgten trotz Schulferien in NRW Jugendliche der Kampagne Fridays for Future aus Köln, Leverkusen und Bonn. Spät in der Nacht stand fest: Werner Baumann ist der erste amtierende Vorstandschef eines Dax-Konzerns, dem die Anteilseigner die Entlastung verweigert haben. Foto: ey, r-mediabase



# Gärtnern mit Skyline

Die Cityfarm will Frankfurt mit Gemüse versorgen

Wenn man von Osten mit dem Zug nach Frankfurt fährt, können sie auffallen: die Gemüsefelder von Ober-rad. Nachdem man mitten durch die Stadt (Offenbach) gefahren ist und sich auf der rechten Seite der Main und dahinter die Skyline der Finanzmetropole auftun, erscheinen plötzlich Gewächshäuser und Gemüsefelder. Hier kann man, mitten in der Stadt, den Gärtnern bei ihrer Arbeit zusehen. Umschlossen vom Main und den Bahngleisen im Norden und im Süden von städtischer Wohnbebauung begrenzt liegen diese traditionellen Frankfurter Gemüsefelder wie eine Insel in der Stadt, nur wenige Kilometer von der Europäischen Zentralbank entfernt. Genau diese Lage sei es gewesen, berichtet Silas Müller, die ihn und seinen Partner Christoph Graul spontan begeisterte. Die beiden Freunde, die sich während ihrer Ausbildung gut ein Jahrzehnt zuvor kennen gelernt hatten, bilden heute den Vorstand der Kooperative eG und wollen zukünftig viele tausend Frankfurter mit Obst und Gemüse aus der Stadt und der Region versorgen.

## Viele Gedanken und Überlegungen

Begonnen hatte alles vor ca. zehn Jahren in der Gemüsebau-Meisterklasse. Die beiden Gründer begannen mit Anfang zwanzig das vermittelte System Landwirtschaft sowie das Geld- und Handelssystem zu hinterfragen. Sie begannen eigene Gedanken zu einem solidarischen Modell des Miteinanders zu entwickeln. Die schon bestehenden Formen Solidarischer Landwirtschaft wiederum waren den Gründern zu eng, zu begrenzt auf eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen. Auch wurde, so berichtet Silas Müller, schnell klar, dass es um mehr geht als nur Landwirtschaft oder Gemüsebau. Das Projekt sollte und soll Menschen aus ganz unterschiedlichen Schichten mobilisieren und zusammenbringen. An was es zu diesem Zeitpunkt fehlte, war ein geeigneter Hof. Doch die Suche gestaltete sich schwierig und so begannen die beiden Gärtnermeister zu studieren und arbeiteten im Anschluss als Biokontrollere oder im Biohandel, bevor sie sich vor gut einem Jahr mit Anfang dreißig erneut auf die Suche nach einem Betriebsstandort machten. Geändert hatte sich neben dem zusätzlichen Wissen und der gewachsenen Erfahrung auch der Ansatz. Statt vom Hof aus zu denken, begannen sie ihr Modell von der

Stadt aus zu entwickeln. Ziel war eine größtmögliche Nähe. Hier habe man den größtmöglichen „Impact“, sei gut angebunden und bei den Verbrauchern „fast im Wohnzimmer“. Dass die Auswahl nicht auf Stuttgart, Mainz oder Heidelberg fiel, liegt auch an jenem Tag im April 2018, als Christoph Graul und Silas Müller die Oberräder Gemüsegärten direkt vor der Frankfurter Skyline entdeckten.

## Das erste Jahr

Auch weil inzwischen viele der ehemals aktiven Gärtnereien nicht mehr bestehen, gelang es, fünf Hektar Gemüseland zu einem für alle Pächter gleichen Pachtzins von 400 Euro/ha zu erlangen. Im Frühjahr 2018 startete die Kooperative mit 35 Mitgliedern. Diese machen eine Einlage von 200 Euro. Für einen Ernteanteil verpflichtet man sich für ein halbes Jahr und zahlt abhängig von der gewählten Variante. Einmal pro Woche werden die Kisten für die Mitglieder gepackt, die diese dann an vielen Stellen innerhalb Frankfurts abholen können. Damit so unmittelbar nach der Gründung überhaupt Produkte zur Verfügung standen, wurden Kooperationen mit verschiedenen Höfen in der Umgebung von Frankfurt eingegangen. Dabei wird nicht von Woche zu Woche bestellt, sondern vereinbart, die jährliche Ernte zu einem im Vorfeld ausgehandelten Preis abzunehmen. Kooperationen werden auch zukünftig für Produkte bestehen, die die Kooperative nicht selbst erzeugen kann. „Ziel ist es, jetzt zu Beginn, dass mindestens ein Frischprodukt, Salat, Spinat usw., direkt von den eigenen Feldern stammt“, formuliert Müller den Anspruch. Durch die Mischung aus eigener Produktion und von Kooperationspartnern will man eine Vollversorgung erreichen.

## Große Nachfrage

Schon im zweiten Monat hatte sich die Zahl der Anteile auf 80 mehr als verdoppelt. Schwierigkeiten aber machte die Tatsache, dass es neben den Feldern keine wirkliche Hof- bzw. Betriebsstelle gab. Durch einen Zufall ergab sich die Möglichkeit, die Flächen eines Demeter-Betriebes westlich von Frankfurt zu kaufen. Der seit Generationen im Familienbesitz befindliche Betrieb sollte nach dem Willen der Eigentümer auch zukünftig erhalten bleiben, weswegen man sich auf einen vergleichs-



Silas Müller und Christoph Graul von der Cityfarm

Foto: Nürnberger

weise moderaten Kaufpreis einigen konnte. Unterstützt wurde diese Erweiterung durch die Unterstützung der Bürger AG Frankfurt, die mit 85.000 Euro ein Drittel des Kaufpreises in Form einer stillen Beteiligung zur Verfügung stellte. Neben den Flächen wurden die Gebäude gepachtet und sollen Kristallisationspunkt eines alternativen Lebens- und Wohnkonzeptes werden. Eigentlich waren jetzt alle Voraussetzungen erfüllt, um sich einer qualitativen Entwicklung zuzuwenden.

## Gärtnerei zu übernehmen

Unerwartet wurde neben den gepachteten Gemüseflächen in Frankfurt-Ober-rad eine Gärtnerei zur Verpachtung durch die Stadt ausgeschrieben. „Ein Glücksfall“, findet Müller. Und auch wenn es eigentlich zu früh war, griff man zu. Jetzt hat man mit der „Cityfarm“ einen festen Standort in Frankfurt, mit 3.000 m<sup>2</sup> im Gewächshaus und ca. 6 ha Freiland.

## Flächensicherung

Um die innerstädtischen Flächen nachhaltig vor einer anderweitigen Nutzung zu bewahren, fanden Gespräche mit Verantwortlichen der Stadt und mit dem Grünflächenamt statt. Von einer drohenden Bebauung sind die Gemüseäcker trotz der Innenstadtlage aufgrund ihrer Aufgabe als Frischluftschneise nicht betroffen. Allerdings würde die Stadt, wenn sie Zugriff auf die Privatflächen hätte, hier gerne einen Naherholungsbereich mit Hundeauslauf und Liegewiese entwickeln. Durch die Kooperative könnte sich hier langfristig am Rand der Gemüseäcker eine Mischform aus Streuobstwiesen, Naschallee, Insektenwiese und Joggingpfad entwickeln. Im Gewächshaus ist eine Fläche mit Gründung eingesät, auf der junge Hähne krähen, und eine Kindergruppe macht hier ein Projekt „Sieben Tage, sieben Kräuter“. Angelehnt an die Frankfurter Grüne Soße bekommen die Grundschul Kinder hier einen Zu-

gang zu Pflanzen und Tieren. Ganz frisch angekommen sind die Bewohnerinnen des neuen Mobilstalls. An ihnen erläutert mir Graul die Vorteile der über eine Crowd virtuell mit dem Hof und anstehenden Entscheidungen verbundenen Mitglieder. „Wir haben gefragt, welche Hühner wir halten sollen: Lohmann Brown und das Ei für 40 Cent oder eine Kombination mit Bruderhähnen und 50 Cent pro Ei? 96 Prozent der Mitglieder entschieden sich für die dritte Variante: eine Zweinutzungsrasse aus ökologischer Tierzucht und 60 Cent pro Ei.“

## Weiterentwicklung

Die Nachfrage steigt, auch weil viele Zeitungen berichtet haben. „Durch das schnelle Wachstum der Infrastruktur könnten wir aktuell ca. 1.000 Ernteanteile pro Woche verteilen“, so Müller. 300 Ernteanteile gibt es inzwischen, die wöchentlich an fast 20 Abholstellen in Frankfurt bereitgestellt werden, und der weitere Zuwachs scheint sicher. Aber neben den reinen Zahlen gilt es auch die internen Strukturen zu entwickeln, die Kommunikation und das soziale Miteinander zu gestalten, ein Leitbild soll entwickelt werden, erklärt Silas Müller. Die Verantwortung, derzeit allein bei Graul und Müller, soll auf mehr Personen verteilt werden. „Dafür müssen wir sie aber auch abgeben wollen“, fügt Müller selbstkritisch an. Mit der Vision von mehreren 1.000 Ernteanteilen pro Woche haben die beiden Gründer ein klares Ziel, das vor dem Hintergrund der Millionenstadt Frankfurt, in der sich vor zwei Jahren ein Ernährungsrat gründete und das Bewusstsein für die städtische Versorgung mit Lebensmitteln bis in die städtischen Gremien steigt, keine Utopie bleiben muss. Das Konzept „In der Stadt für die Stadt“ bietet aber für die Kooperationspartner im Frankfurter Umland Möglichkeiten, eine direktere Bindung an zukünftige Kunden zu bekommen. Eigentlich ein Gewinn für alle. mm

# Die hölzerne Revolution

Wie Klima und Land(wirt)schaft doch noch zu retten sind

**W**elch ein Anblick bei uns, auf vielen meilenweiten Strecken Felder, Wege, Raine, Teiche und Bach-Ufer ohne Baum zu finden! Dann noch die düstern Brachfelder! Aber selbst auch die wallenden Saatfelder, was sind sie ohne Laubgewölbe? Mit diesen Worten beschrieb Heinrich Cotta im Jahr 1819 die Agrarlandschaften seiner Zeit. Schauen wir uns heute um, so kommt es einem angesichts der ausgeräumten Fluren fast unwirklich vor, dass jemand schon vor genau 200 Jahren diese Zustände angeprangert hat, wo doch damals die Strukturen noch weitaus kleinteiliger gewesen sein müssen. Doch Cotta war ein weitsichtiger Mensch, der viele Probleme bereits beschrieb, die wir heute umso drastischer zu spüren bekommen. In seinem Buch „Die Verbindung des Feldbaues mit dem Waldbau oder die Baumfeldwirtschaft“ ermahnte er seine Zeitgenossen, dass die Erträge der Landwirtschaft immer weiter sinken würden und das Land zu einer Wüste werde, wenn man nicht die natürlichen Ökosysteme wieder zum Vorbild nehme und eine Wirtschaftsform fände, die mit Bäumen, Tieren und Feldbau in einer engmaschigen und vielfältigen Struktur für Wasserrückhalt und Bodenschutz Sorge. Liest man dort zwischen den Zeilen – und über ein paar altmodische Vorstellungen hinweg – so offenbart

sich ein Ökosystembewusstsein, das auch heute noch seinesgleichen sucht.

Wie wir deutlich zu spüren bekommen, ist unsere Land(wirt)schaft immer noch nicht auf das vorbereitet, was an klimatischen und anderen Veränderungen auf uns zukommt oder schon jetzt stattfindet. Sollten die glimpflicheren Klimaszenarien eintreffen, bedeutet allein das schon, dass Dürrejahre wie 2018 in Zukunft sehr häufig werden. Die Niederschläge werden dann in Mitteleuropa zwar nicht weniger, aber sie kommen geballt und nicht mehr so sehr in der Vegetationsperiode. Dafür ist unsere Landschaft schlichtweg völlig falsch gestaltet, da ihr die Fähigkeit fehlt, Wasser zu speichern und seinen Kreislauf zu verlangsamen. Erstens fehlt ihr der Schutz durch Gehölze, die den Wind bremsen und zum Humusaufbau beitragen. Zweitens sind die Strukturen – egal ob Gehölzreihen oder Befahrungsmuster – meist ohne Rücksicht auf die Wasserflüsse in der Landschaft angelegt worden. Einerseits haben wir so Erosion, Hochwasser und Vernässung der Tieflagen, auf der anderen Seite trocknen höhere Lagen, Kuppen und Rücken viel zu schnell aus. Drittens behandeln wir i. d. R. den Boden in einer Art, die es nicht zulässt, ein stabiles Gefüge und Dauerhumus aufzubauen, und es fehlt die Nährstoffrückführung in Form einer kompletten



Acker und Gehölzkultur an einem Septembernachmittag 2018: Hier Dürre und Winderosion,...

Kompostierung von Abfällen und Nahrungsmitteln. Letzteres ist ein strukturelles Problem unserer Gesellschaft, aber allein schon die ersten beiden Punkte bieten ausreichend Möglichkeiten zur Gestaltung deutlich anpassungsfähigerer Strukturen.

## Ganz neue Strukturen

Kann uns die Idee einer „hölzernen Landwirtschaft“, einer Agroforstwirtschaft, die sich seit Cottas Zeiten enorm weiterentwickelt hat, also heute angesichts dieser Klima-, Nährstoff- und Wasserkrise retten? Ja – doch dafür müssen wir in jedem Landwirtschaftsbetrieb und in jeder Landschaft die Strukturen und gewohnte Prozesse umstellen.

Die Fortführung des Althergebrachten, nur mit mehr Zwischenfrüchten, Gründüngung etc., wird nicht ausreichen, denn das Grundproblem großer Acker- oder auch Grünlandflächen bleibt das Freilandklima. Dort mögen Pflanzen am Boden zwar das Maximum an Licht bekommen, aber das wird in Zukunft nicht mehr der entscheidende Faktor sein. Es braucht unbedingt Gehölze, um massiven Humusaufbau und die entsprechende tiefe Durchwurzelung zu erreichen, so dass Nährstoffe und in Dürrejahren auch genug Wasser zur Verfügung stehen. Dabei darf es nicht bei Wert- und Energieholz bleiben: Was heute noch hochpreisiges Nischenprodukt ist, könnte vielen Bauern den Umstieg und das wirtschaftliche Überleben ermöglichen und irgendwann zu sicheren Grundnahrungsmitteln in einem unsteinen Klima werden – man sehe sich nur mal die Ertragsleistung und die Preise von guten Esskastanien, Walnüssen, Pekannüssen und Haselnüssen an!

## Keyline Design

Wichtig ist aber auch, dass die Systeme zweckmäßig gestaltet sind. Dazu müssen sie so angelegt werden, dass sie das Wasser in der Landschaft halten und gleichzeitig gut bearbeitbar bleiben. Eine schwierige planerische Aufgabe, die aber durch die seit fast 70 Jahren weiterentwickelte Schlüssellinienkultur (Keyline Design) gelöst werden kann. Kombinieren wir also moderne Gestaltungstechniken und Forschungsergebnisse aus Ökologie, Bodenkunde etc. mit einer guten Sortenwahl, dann können wir die Idee einer „hölzernen Landwirtschaft“ auf eine neue Stufe heben. So können Versorgungssysteme entstehen, die Bauern und Bäuerinnen stabile und vielfältige Erträge ermöglichen und dabei auch den ökologischen Herausforderungen der kommenden Zeit trotzen können. Dafür braucht es nicht mal ein großes Eingreifen von Natur- und Landschaftsschutz – wenn wir begreifen, was wir aus ureigenem Interesse schaffen müssten und können: einen „Oekonomie-Garten“, wie Cotta 1819 schreibt, der den Menschen wieder als in allen Belangen nachhaltiger Lebensraum dienen kann:

„Welch eine Idee, Welch ein Anblick, wenn so in wenigen Jahren [das ganze Land] in ein irdisches Paradies umgeschaffen wäre! Ueberall Genuß und Nutzen! Ueberall Schatten, Obdach und Erndte! Holz gegen Frost, Obst zur Sättigung und Erquickung, Zucker für den Gaumen, Weingeist zur Stärkung – alle Reisen in den milderen Jahreszeiten nur Lustwandlungen durch einen unermesslichen Garten!“

Philipp Gerhardt,  
Dipl.-Forstwirt

Mehr zum Thema unter <http://baumfeldwirtschaft.de/>



... dort ein doppelter Ertrag aus Viehfutter und hochwertigen Haselnüssen Foto: Gerhardt



# Gesunder Boden, gesunde Bienen

Die AbL-RLP diskutiert über Pestiziden und Bäumen auf dem Acker

**E**nde Februar traf sich die AbL Rheinland-Pfalz und Saarland zur Jahresmitgliederversammlung in Ulmen in der Eifel. Einen Schwerpunkt der Arbeit im vergangenen Jahr hat das Vorstandsmitglied Franz Botens mit den Versuchen zur Drog-Spritztechnik geleistet. In Honigproben werden immer wieder Überschreitungen von Pflanzenschutzmitteln (Insektiziden) gefunden. Im Raps wird jetzt versucht, die Spritzmittel nicht mehr oberhalb der Blüten auszubringen, sondern mit einem Schleppschlauchsystem in den Bestand einzubringen. Bei den durchgeführten Versuchen wurden Honigproben von Feldern, die mit der neuen Technik gespritzt wurden, mit Proben von Feldern verglichen, die ohne diese Technik behandelt wurden. Die bisherigen Ergebnisse sind sehr heterogen und lassen u. a. einen großen Einfluss der Witterung direkt nach der Spritzung vermuten. Auch ist der chemische Charakter des Wirkstoffs entscheidend; wasserlösliche und systemische Wirkstoffe zeigen keine Verbesserung. Franz Botens wird als aktiver Imker versuchen, dieses Projekt auch 2019 weiter voranzubringen.

Einen ausführlichen Vortrag zum Thema „Baumfeldwirtschaft“ hielt der Dipl.-Forstwirt Philipp Gerhardt. Durch die Auflösung der Grenze zwischen Wald und Acker und eine Verschmelzung beider Wirtschaftsräume könnten vielfältige Vorteile für eine Selbstversorgende Landwirtschaft gewonnen werden. Wir werden in einer der kommende Ausgaben ausführlicher berichten.

Sehr negativ wurde auf der Versammlung aufgenommen, dass sich das Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz gewei-

gert hat, Dürrebeihilfen zu ermöglichen. Zwar sah die Situation in Rheinland-Pfalz 2018 sehr heterogen aus, aber einige Betriebe, insbesondere viehhaltende Grünlandbetriebe, hat die Dürre sehr stark geschädigt. Durch die generelle Weigerung des Landwirtschaftsministeriums hatten die Betriebe nicht einmal die Wahl, ob sie einen Antrag stellen wollen. Damit ignoriert das Ministerium ausgerechnet die Not der Betriebe, die noch auf eine Fütterung aus eigenen Grundlagen setzen und denen durch die ausgeprägte Trockenheit jetzt das Winterfutter fehlt.

Erfreulich war dagegen zu hören, dass die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz im Landkreis Cochem-Zell ein Projekt zur Biotopvernetzung finanziert, bei dem eine Wanderschafherde neu aufgebaut werden soll. Mit Fuchsschafen wird ein Wanderschäfer ab Frühjahr 2019 im Landkreis wieder verschiedenste Grünlandflächen beweidet und so einer Verbuschung entgegenwirken. Die AbL Rheinland-Pfalz und Saarland begrüßt das Projekt und wird den weiteren Erfolg beobachten.

Ein weiteres Thema für 2019 wird die regenerative Landwirtschaft (<https://www.gruenebruecke.de/startseite.html>) sein. Hierbei stehen die natürlichen Prozesse und die Bodenfruchtbarkeit im Mittelpunkt des Interesses. Es geht nicht einfach um eine pfluglose Bodenbewirtschaftung, sondern um ein umfangreiches System, um den Humusgehalt des Bodens zu erhöhen und daraus ein lebendiges System zur Pflanzenernährung zu machen. Hierzu wird die AbL Rheinland-Pfalz und Saarland 2019 Informationsveranstaltungen anbieten. *AbL-RLP*

## Matthias Stührwoldt erzählt: Trecker fahren

**N**iemals werde ich diesen Abend im Frühjahr 1984 vergessen. Ich war sechzehn Jahre alt. Am Morgen zuvor hatte ich endlich meinen Führerschein 1b bestanden und erhalten; ich war bereit, die Straßen des Kreises Plön mit meiner Zündapp zu erobern. Das einzige Problem: Ich hatte noch keine Zündapp. Sie war bestellt, aber noch nicht geliefert. Mein Führerschein 1b berechnete allerdings auch zum Fahren von Traktoren. Als der Abend kam, fragte ich meinen Vadder, ob ich den Fendt nehmen könne. Für eine Spritztour nach Nettelau, zu meinem Freund Sigg. Und Vadder sagte ja. Der Schlüssel steckte. Ich ließ den Motor an. Dieses typische Brummen. Und dann fuhr ich los. Es war ein klarer, frischer Frühlingsabend. Die Sonne versank langsam rötlich hinter dem Waldstück am Krummdiek und tauchte alles in ein weiches Licht. Als ich auf die B 404 fuhr, konnte ich am Horizont den Kieler Fernsehturm sehen. Die Welt stand mir offen. Ich war frei. Ich hätte nicht nach Nettelau abbiegen müssen. Ohne weiteres hätte ich Gas geben und nach Kiel fahren können. In die Großstadt. Na ja, jedenfalls die größte, die wir haben in Schleswig-Holstein.

Ich bog ab nach Nettelau und fühlte mich wie ein König, als ich bei Sigg den Trecker geparkt hatte. Die Treppe zum Fahrersitz kam mir endlos vor, dabei hatte sie gerade mal drei Stufen. Und noch heute fühle ich die Wärme von Maikes Hand auf meiner Schulter, Wochen später, als ich sie mit dem Fendt nach Hause fuhr, weil es so heftig regnete. Ich wünschte, Wankendorf wäre dreihundert Kilometer weg gewesen und nicht bloß drei. Das alles ist nun fünfunddreißig Jahre her. Bis nach Kiel bin ich nicht gekommen, aber in Nettelau habe ich Land gepachtet. Noch immer sehe ich an klaren Tagen den Kieler Fernsehturm vor mir. Und biege doch links ab – Nettelau. Vadder lebt nicht mehr, auch Mudder ist tot. Sigg lebt in Kiel. Und die Liebste und ich kennen uns seit dreißig Jahren. Seit achtundzwanzig Jahren sind wir verheiratet. Wir haben fünf Kinder, und Jon, der Jüngste, ist vor kurzem achtzehn geworden. Den Autoführerschein hatte er schon kurz nach seinem siebzehnten Geburtstag gemacht. BF 17, begleitetes Fahren. Das ist nicht einfach als Begleitperson. Denn in der Fahrschule fahren sie einen Golf, aber unser Familienauto ist ein Ford Transit, der ist ordentlich was breiter als ein Golf. Und dann sitzt man als Begleitperson auf dem Beifahrersitz, zum Glück hinter seinem Airbag, hält sich krampfhaft am Panikgriff über der Tür fest wie meine Oma früher immer im Auto und denkt die ganze Zeit: Das passt nicht!

Während wir daneben saßen, hat Jon keine Beule reingefahren. Wie seine großen Geschwister hat er damit gewartet, bis er achtzehn war und allein unterwegs. Alle haben sie ihr Zeichen hinterlassen an dem Transit, und schon heute tut es mir weh, wenn ich dran denke, dass ich mich mal von ihm werde trennen müssen. Unglücklicherweise neige ich zur Sentimentalität, was meine Beziehungen zu Autos und Treckern angeht. Jon hat seit einigen Monaten eine Freundin, Alexa. Sie heißt wirklich so und muss sich jeden Tag etwa siebzehn blöde Sprüche anhören. Ab und zu kam sie mit dem Bus nach Wankendorf. Als Jon noch nicht achtzehn war, haben die Liebste oder ich sie öfter von dort abgeholt. Aber einmal waren wir beide nicht zuhause. Am Telefon sagte ich zu Jon, er solle den kleinen Deutz nehmen, den dürfe er doch fahren mit BF 17. In der Ernte hatte er mit dem auch schon Rundballen zusammengestellt. Und während ich unterwegs war, auf dem Weg zu einem Auftritt, dachte ich an meine ersten Touren mit dem Trecker zurück. Und an Maike neben mir, ihre Hand auf meiner Schulter. Der kleine Deutz hat nicht einmal einen Beifahrersitz. Nur einen Getränkehalter, auf dem man notfalls sitzen kann. Lächelnd stellte ich mir vor, wie Alexa neben Jon saß, ihre Hand auf seiner Schulter. Wie ich später erfuhr, wurden die beiden in Höhe der Wankendorfer Kirche von der Polizei angehalten. Jon hatte nicht drauf geachtet, dass die Unterlenker des Deutz ganz unten waren. Sie schleiften über den Asphalt und schlugen zwei Schwänze aus Funken. Ganz ehrlich: Wie cool ist das denn?!

Die erste Tour mit der Freundin, und dann gleich mit Lightshow und den Bullen! Respekt!



Bienenschutz wird im Obstbau auch zum ökonomischen Faktor

Foto: Dreiucker/pixelio

## Raum für unterschiedliche Lebenswelten

Frauen\*-Treffen Nord in Meuchefitz

**M**itte März fand das erste Frauen\*-Treffen Nord im wendländischen Gasthof Meuchefitz in Niedersachsen statt. Das Programm fürs Wochenende war reich gefüllt. Daneben gab es Zeit fürs Einander-Kennenlernen und Raum für Austausch. Für den ersten Tag gab es knapp 30 Anmeldungen, kaum genug Platz, um in die Kennenlernrunde zu starten! Währenddessen wurde schon fleißig das zuvor geschnipelte Gemüse in ein schmackhaftes Abendbrot verwandelt. Im ersten Workshop stellten sich die Teilnehmer\*innen u. a. die Fragen: Was bedeutet Frau\*-Sein für dich und was ist dein Bezug zur Landwirtschaft? Wie stellst du dir deine Arbeit in einer Welt vor, in der Menschen unabhängig von Zuschreibungen wie Geschlecht und Herkunft völlig gleichberechtigt sind? Es folgte ein spannender Vortrag zu (queer-)feministischer Ökonomiekritik in Bezug auf Agrarstruktur, Besitzverhältnisse und Anerkennung landwirtschaftlicher Arbeit, der viele Teilnehmende\* zum Nachdenken anregte.



Quer durchs Wendland

Foto: Jockers

### Auf die Höfe!

Am Samstag ging's auf Höfetour, wir besuchten drei Betriebsleiter\*innen, Martha Quis („Bio im Wendland“), Monika Tietke und Laura Kulow (Biohof Ritzleben) und schafften sogar noch einen spontanen Besuch beim Pferdeflugtag der Solidarischen Landwirtschaft Volzendorf. Abends las Anja

Hradetzky aus ihrem gerade veröffentlichten Buch „Wie ich als Cowgirl die Welt bereiste und ohne Land und Geld Biobäuerin wurde“. Der Sonntagvormittag arbeiteten wir in Kleingruppen daran, wie wir als Gruppe zusammenwachsen können und dabei einen Raum schaffen, in dem alle Menschen motiviert sind, sich einzubringen und

sich wohlfühlen, sich vernetzen, lernen und sich gegenseitig stärken. Es entstand eine intensive Gruppenarbeitsphase, in der tolle Prozesse angestoßen wurden. Wir entwickelten erste wichtige Grundlagen wie einen toleranten Umgang mit Sprache (im Bezug auf Queerfeminismus), Raum für Offenheit, sich auch zu zeigen (aus welchen Lebenswelten wir kommen, alles sagen dürfen und können), der Wunsch nach Teilnehmer\*innen mehrerer Generationen, gemeinsame Ziele erarbeiten, Wissenshierarchien abbauen. Und wir halten fest: Es wird bei einem Treffen nicht bleiben. Das nächste, bei dem wir auf die geschaffenen Grundlagen aufbauen, die Ideen und unser gemeinsames Wissen weiter ausbauen möchten, ist im Herbst angedacht. Nach diesem intensiven Wochenende gehen wir wieder auseinander, jede\* zurück in ihren\* Alltag, gestärkt und bestätigt durch den Austausch mit Anderen\*!

*Anna Fiebig und Franziska Jockers*

## Ökolandbau im Unterricht unterrepräsentiert

Landwirtschaftliche Auszubildende sollten auch alternative Wirtschaftsweisen kennenlernen

**J**eder zehnte Landwirt in Deutschland ist ein Biobauer. Wenn sich der Ökolandbau bis zum Jahr 2030 verdoppeln soll, werden sehr viele gut ausgebildete junge Landwirte gebraucht. Doch ohne mehr Ökolandbau im Berufsschulunterricht werde das Ziel nicht erreichbar sein, sagt Carolin Grieshop, Geschäftsführerin des Kompetenzzentrums Ökolandbau Niedersachsen (KÖN). Drei Jahre lang hat das KÖN untersucht, wie viel und wie Ökolandbau an den Berufsschulen und Fachschulen in Deutschland unterrichtet wird. Das Ergebnis der Untersuchung: Um den Ökolandbau in der Ausbildung zum Landwirt steht es nicht gut in Deutschland. Jedenfalls dann nicht, wenn der Maßstab „zehn Prozent Ökolandbauunterricht“ angelegt würde. Dabei ist die Forderung nach zehn Prozent Ökolandbau im Berufsschulunterricht nicht neu, und sie kommt aus den Kultusministerien der Länder. 1994 hatte die Kultusministerkonferenz 80 Stunden „alternative Landwirtschaft“ – von insgesamt 880 Stunden Unterricht – in den Rahmenlehrplan geschrieben. Das

ist 25 Jahre her und der Rahmenlehrplan gilt noch heute.

### Nur wenige

Um zu erkunden, wie Ökolandbau in der Realität unterrichtet wird, hat das KÖN rund 200 Bildungsexperten aus zwölf Bundesländern, darunter gut 100 Lehrer, befragt. Die Abfrage des KÖN lässt den Schluss zu, dass in Deutschland nur wenige Berufsschülerinnen und -schüler diese geforderten 80 Stunden Ökolandbauunterricht haben. Viele Lehrer richten sich nach den Interessen der Schülerinnen und Schüler. In Regionen mit viel Ökolandwirtschaft gibt es auch viele Auszubildende auf Biohöfen. Dort ist Ökolandbau in der Berufsschule dann auch eher ein Thema als in Regionen mit wenig Ökolandbau. „Dabei wäre gerade dort, wo wenig Ökolandbau ist, Ökolandbau im Unterricht besonders wichtig“, sagt Carolin Grieshop. „Ökolandbau muss integraler Bestandteil jedes Fachunterrichts werden. Wir möchten, dass alle Jugendlichen mit den Grundlagen des Ökolandbaus vertraut werden“, fordert die KÖN-Geschäftsführerin. Denn dann

könnten die jungen Leute später selbst entscheiden, welche Wirtschaftsweise für ihren Betrieb die richtige sei. Außerdem könnte auch die konventionelle Landwirtschaft von den Methoden des Ökolandbaus profitieren. Vor dem Hintergrund steigender Resistenzen und der Kritik an Glyphosat wird die mechanische Unkrautbekämpfung zunehmend eine Alternative sein. Der Ökolandbau zeigt, wie es geht. Und diese Alternativen müssten in der Berufsschule gelehrt werden, so Grieshop. So sei auch die Gestaltung von Fruchtfolgen vor dem Hintergrund schwindender Humusgehalte der Böden ein klassisches Öko-Thema, das mehr Bedeutung für die gesamte Landwirtschaft erhalte und damit in den Berufsschulunterricht gehöre.

### Keine Professur

In Expertenrunden hat das KÖN in vielen Bundesländern die Frage diskutiert, was denn zu tun sei, damit mehr Ökolandbau an den Berufsschulen stattfinden könne. Exkursionen auf Ökohöfe wurden genannt oder aufbereitetes Unterrichtsmaterial, auch verpflichtende

Ökolandbaufragen in den Prüfungen sowie Ökolandbaupraxis in der überbetrieblichen Ausbildung sind Wege zu mehr Ökolandbau in der Ausbildung. Vieles wird hier und dort schon umgesetzt. Gute Beispiele aus Schulen und von überbetrieblichen Ausbildungsstätten gibt es genug. Davon müssten mehr Schulen und Lehrer profitieren. Mindestens genauso wichtig wie Vernetzung und Austausch ist nach den Vorstellungen des KÖN auch, die Lehrer grundsätzlich besser zu qualifizieren. Viele hätten während ihrer Ausbildung nie Berührung mit Ökolandbau gehabt. Auch in Niedersachsen, dem Bundesland mit besonders intensiver Landwirtschaft, kommt Ökolandbau im Landwirtschaftsstudium nicht vor. Es gibt in ganz Niedersachsen keine einzige Professur für Ökolandbau. Das müsse sich ändern, fordert Grieshop: „Wenn Lehrer besser ausgebildet werden, werden sie dem Ökolandbau im Unterricht auch mehr Gewicht geben.“

*Ulrike Hoffmeister, Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen*



# Ein Kampf gegen Pestizide

Dewayne „Lee“ Johnson: „Wenn wir Roundup sprühten, gab es Lohnzuschlag“

Im letzten Jahr gewann Dewayne „Lee“ Johnson die erste Runde in einem wegweisenden Prozess gegen Monsanto. Der ehemalige Landschaftspfleger aus Kalifornien hatte jahrelang Roundup ausgebracht. Dann erkrankte er am Non-Hodgkin-Lymphom – und ging vor Gericht. Die Geschworenen entschieden, dass Roundup die Ursache von Johnsons Krebserkrankung sei und sprachen ihm eine Entschädigung von mehr als 700 Millionen US-Dollar zu. Es ist eine Sache, über Johnsons Schicksal zu lesen, eine andere, diesem todkranken Mann gegenüberzustehen: In der abschließenden Diskussion einer zweitägigen Konferenz zum Thema Pestizide, veranstaltet von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Beyond Pesticides, sitzt er mit auf dem Podium. Eine Schirmmütze wirft

Schatten auf sein Gesicht. Erst aus der Nähe sieht man die vom Krebs verursachten frischen und verschorften Wunden und Hautveränderungen. Die wenige Lebenszeit, die Dewayne „Lee“ Johnson noch bleibt, nutzt er für den Kampf gegen Pestizide. Inzwischen sind mehr als 11.000 Klagen gegen Monsanto anhängig.

Er sei nie richtig für die Anwendung von Pestiziden ausgebildet worden. Roundup sei so sicher, dass man es trinken könne, habe es geheißen – aber man solle den Sprüher auf das Unkraut richten, nicht aus Versehen auf die Rosen. Trotzdem hätten alle gewusst, dass das Ausbringen gefährlich sei, die Gewerkschaft habe ohne weiteres einen Bonus für Anwender wie Johnson aushandeln können. Das Lohnniveau sei niedrig, den Pestizid-Zuschlag habe

man gebraucht, und außerdem wäre die Weigerung, Roundup zu sprühen, ein Kündigungsgrund gewesen, sagt Johnson.

Eine Reihe von Wissenschaftlern stellen während der Konferenz Forschungsergebnisse vor: Roundup kann nicht nur Krebs erregen, sondern dem menschlichen Körper auch in anderer Weise schaden. Warren Porter, emeritierter Professor für Zoologie und Toxikologie an der Universität von Wisconsin sieht es als erwiesen an, dass es die Kombination verschiedener Chemikalien in der kommerziell erhältlichen Roundup-Rezeptur ist, die den Wirkstoff Glyphosat so toxisch macht. Durch Tenside ist die Mischung nicht nur wasser-, sondern auch fettlöslich und kann durch die Zellwand in die Zelle eindringen. Die Folgen sind z. B.

Schäden an der DNA, hormonelle Veränderungen, Schädigung der „guten“ Darmbakterien.

Kausalzusammenhänge nachzuweisen ist extrem schwierig und die Auseinandersetzung mit Agrarchemiefirmen wie Monsanto ähnelt der um Tabak Mitte der 90er Jahre: Die Schädlichkeit des Rauchens galt bereits als erwiesen, obwohl nicht jeder Raucher an Krebs erkrankte. Bei Pestiziden kommt erschwerend hinzu, dass die Zusammensetzungen variieren – Roundup ist eine „Produktfamilie“.

Immerhin ist inzwischen erwiesen, dass eine Reihe von Pestiziden hormonaktiv sind, d. h. ihre Wirkung kann mit abnehmender Menge sogar steigen. Gemessen wird in Teilen pro Trillion – das entspricht einem Tropfen in der Wassermenge von 20 Fünfzig-Meter-Schwimmbecken. Das bedeutet: Es gibt keine unbedenklichen Pestizidmengen – und Grenzwerte sind de facto „sinnlos“.

In den USA setzen sich – wie auch in Deutschland – zahllose Umweltorganisationen, Elterngruppen und Studenteninitiativen für ein Pestizidverbot in Parks, Gärten, Schulgeländen und auf Golfplätzen ein. Dewayne „Lee“ Johnson unterstützt die Aktivisten, wo er kann und wie es seine Gesundheit erlaubt. Deswegen nahm er den langen Flug von der Westküste auf sich. New York sei eine spannende Stadt, sagt er, es sei sein erster Besuch.

Es ist eine Sache, Wissenschaftlern zuzuhören, die Pestizidmesswerte, Versuchsergebnisse und Diagramme präsentieren; es ist eine andere, Dewayne „Lee“ Johnson zu begegnen. *ml*



Zweifelhafte Idylle

Foto: Hardi

## Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro  2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

### Das wahre Landleben!

#### Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

#### CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de), Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juni ist der 22. Mai 2019.** Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm



Zur Unterstützung im **Werkstattbereich Landwirtschaft** Weckelweiler suchen wir

### Demeter- / Bio-Landwirt m/w/d

Stellenumfang: 100 % unbefristet  
 Qualifikation: Demeter-/ Bio-Landwirt gerne auch mit Zusatzqualifikation bzw. Erfahrung in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung wie Heilerziehungspfleger, Arbeitserzieher o.ä.  
 Vergütung: nach TVÖD  
 Den vollständigen Ausschreibungstext finden sie unter:  
<http://www.weckelweiler-gemeinschaften.de/Mitarbeiten/Stellenangebote>  
**Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!**  
 Sozialtherapeutische Gemeinschaften Weckelweiler e.V., Angela Meissner, Heimstr. 10, 74592 Kirchberg, [bewerbung@weckelweiler-gemeinschaften.de](mailto:bewerbung@weckelweiler-gemeinschaften.de)

### 75 % - Stelle Agrarreferent m/w/d – zum 01. 06. 2019



Wir sind ein junger Dachverband europäischer Milcherzeugerorganisationen, der sich für kostendeckende Milchpreise einsetzt. Die Zukunft einer nachhaltigen Milcherzeugung in ganz Europa mit seinen positiven Effekten für Arbeitsplätze, ländlichen Raum und Umwelt sind unser Ziel. Wir arbeiten mit unseren Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa zusammen und betreiben eine intensive politische Arbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit in den Sprachen Englisch, Deutsch und Französisch.

Wir suchen eine Person zur Verstärkung unseres Teams und freuen uns über Ihre aussagekräftige Bewerbung.

#### Zu Ihren Aufgaben gehören:

- Analyse der Milchmarktpolitik der Europäischen Union
- Erarbeitung von Positionspapieren und Stellungnahmen
- Auf- und Ausbau des Netzwerkes mit Vertretern der europäischen Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Interessensvertretern
- Vertretung des EMB in europäischen und/oder internationalen Kooperationsplattformen
- Redaktion des EMB-Newsletters und Betreuung der Internetseite / soziale Medien
- Pressearbeit / Mitgliederinformation
- Kontakt mit EMB-Mitgliedsorganisationen
- Organisatorische Vorbereitung von Konferenzen und Veranstaltungen

#### Sie verfügen über folgende Voraussetzungen:

- Erfahrung in der politischen Analyse und Agrarpolitik
- Interesse an landwirtschaftlichen Fragestellungen
- Strukturierte Arbeitsweise u. hohes Verantwortungsbewusstsein
- Hohe Kommunikationsfähigkeit, u.a. Bereitschaft, mit verschiedenen europäischen Ländern Kontakt zu pflegen
- Sorgfältiges, eigenverantwortliches Arbeiten
- Kenntnisse in Typo3, Mailchimp und Bildbearbeitung sowie redaktionelle Kenntnisse von Vorteil
- Sehr gute Kenntnisse der englischen und deutschen sowie mindestens gute Kenntnisse der französischen Sprache in Wort und Schrift

Unsere Geschäftsstelle befindet sich in Brüssel, Belgien. Ihre Bewerbung richten Sie bitte per E-Mail bis zum 13. Mai 2019 an [office@europeanmilkboard.org](mailto:office@europeanmilkboard.org) - European Milk Board asbl, Rue de la Loi 155, 1040 Brüssel, Belgien

### Bäuerlicher Nachrichtenbrief...

..der wöchentliche kostenlose Newsletter  
 Am besten gleich registrieren:

[www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten](http://www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten)



### Mythos Klimakiller

09.05.2019, 19.30 Uhr, Lemgo  
 Der Wert nachhaltiger Beweidung mit Rind & Co.. Für Bodenfruchtbarkeit, Klima und biologische Vielfalt. Vortrag und Diskussion mit Dr. Anita Idel.  
 Ort: Kastanienhaus der AWO in Lemgo, Kastanienwall 9, Eintritt frei

### Gegen die Plastikflut

15.05.2019, Feuchtwangen  
 Einpacken – Auspacken – Wegwerfen – oder warum wir etwas gegen die weltweite Plastikflut tun sollten.

Referentin: Isabella Hirsch Abl Franken.

Ort: Kath. Pfarrheim, Feuchtwangen

### Ackerbau

16.05.2019, 19.30 Uhr, Lemgo  
 Thema: Moderner Ackerbau, Herausforderungen und Chancen. Minimierung von Treibhausgasemissionen; Bodenerosionen und Nitrat im Grundwasser vermeiden. Vortrag von Jan Wittenberg.

Ort: Kastanienhaus der AWO in Lemgo, Kastanienwall 9, Eintritt frei

### Sensenmähen

25.05.19, 13.30 Uhr  
 Sensenmähen für Interessierte.

Informationen rund um die Sensenmahd, Ausstellung verschiedener Modelle.

Ort: Ferienhof Hirsch, Rissmannschallbach 2, Feuchtwangen, Anmeldung



### Hofbäcker\*innenaustausch

26. – 28.5.2019 in Burgund, Frankreich

In Zeiten des Strukturwandels wollen wir uns vernetzen, entlang der Wertschöpfungsketten zusammen schließen und uns gemeinsam einsetzen für bäuerliche und handwerkliche Lebensmittel! Diese Exkursion soll dazu einladen, sich Gedanken zu machen, welche Möglichkeiten für erhöhte Wertschöpfung es bei Produktion und Veredelung von Getreide gibt.

In einer kleinen Gruppe werden wir uns von Deutschland aus aufmachen und Berufskolleg\*innen im französischen Burgund treffen, die sehr aktiv im Anbau und Verarbeitung von Vielfaltsgetreide sind.

Wir laden Bäcker\*innen, Bäuerinnen und Bauern herzlich ein, sich mit uns gemeinsam auf die Reise zu machen.

Französisch-Kenntnisse sind nicht notwendig, Vorkenntnisse entweder im Anbau oder in der Verarbeitung von Getreide wünschenswert.

Weiterführende Informationen und Anmeldung:  
**Mareike.Artlich@t-online.de**



Marktstände für Direktvermarkter  
 ökologisch - praktisch - schön

[www.klipklap.de](http://www.klipklap.de) 16845 Rohrlack 033928 239890



[WWW.EIN-EUROPA-FUER-ALLE.DE](http://WWW.EIN-EUROPA-FUER-ALLE.DE)

bis 20.05 unter 098146588520

### Gutes Leben auf dem Land

28.-29.05.2019, Bad Waldsee  
 Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.: Das Leben auf dem Land verändert sich. Dorfläden können sich nicht mehr halten, Treffpunkte fehlen, Arztpraxen wandern ab in die Zentren. Die Dörfer werden Schlafstätten. All das kann überzeugte Dorfbewohner\*innen nicht davon abhalten, in ihrer Heimat auf dem Lande zu bleiben. Sie pflegen ein aktives Dorfleben, engagieren sich vielfältig in Vereinen und Verbänden, in Kommunalpolitik und Kirche und machen ihr Dorf damit zum lebenswerten Ort. Sie schaffen Treffpunkte, holen Bildung und Kultur ins Dorf und kümmern sich um ihre Nachbar\*innen. Über dieses neue Leben auf dem Land wollen wir während unserer Frühjahrstagung mit fachkundigen Referent\*innen und Gästen diskutieren.

Das Programm zur Tagung und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung: [www.asg-goe.de/index.shtml](http://www.asg-goe.de/index.shtml)

### Tag der Artenvielfalt

26.05.2019, 10-18 Uhr, Bonn  
 Markt der Möglichkeiten in den Botanischen Gärten der Universität Bonn, Einrichtungen und Organisationen aus und um Bonn präsentieren Vielfalt und Mehr, Biodiversität zum Anfassen.

Ort: Meckenheimer Allee 169, Bonn

### Europawahl

26.05.2019

### Sommer-Sonne-Kompost

05.06.2019, Rostock  
 21. Fachtagung des Verbands der Humus- und Erdenwirtschaft Region Nord e.V.. Thema: Bedeutung des Komposteinsatzes für die Widerstandskraft (Resilienz) des Bodens im Hinblick auf die Abpufferung der Folgen des Klimawandels (Wetterextreme mit Starkregen bzw. extremer Trockenheit).

Anmeldung unter weitere Information: [www.vhe.nord.de](http://www.vhe.nord.de).



... Und Power für mehr Bauernstimmabos!

Geschenkabos und Probeabos an:  
 Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381 492221 [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)



[www.stichwort-bayer.de](http://www.stichwort-bayer.de)  
[info@stichwort-bayer.de](mailto:info@stichwort-bayer.de)  
 Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf  
 facebook/Coordination

**STICHWORT BAYER**  
 KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.



**BEATS + BOHNE**  
20.-23. Juni 2019

**WIR HABEN ES SATT!**  
**JUGENDFESTIVAL**

Rund um zukunfts-fähige Landwirtschaft und gutes Essen

JETZT TICKETS HOLEN:  
[WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/FESTIVAL](http://WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/FESTIVAL)

**Impressum**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

**AbL Bundeskontakte**

**Bundesgeschäftsstelle:**  
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:**  
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**  
 Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

**AbL Mitgliedsantrag**

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€    50,-€    70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

**AbL Landeskontakte**

**Schleswig-Holstein**

**Geschäftsführung:**  
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

**Niedersachsen**

**Geschäftsstelle:** Gabi Geppert, Telefon: 04967 - 557; info@abl-niedersachsen.de  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

**Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg**

**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Nordrhein-Westfalen**

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

**Hessen**

**Geschäftsstelle:** Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de  
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de  
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

**Rheinland-Pfalz und Saarland**

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

**Baden-Württemberg**

**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Alb-Donau / Ulm:** Franz Häußler, Tel.: 07391 1268, haeusler.biolandhof@t-online.de  
**Oberrhein und Vorbergzone:** Wolfgang Hees, Tel.: 0176 39872928, wolfgang@hees-web.de  
**Stuttgart / Schwäbischer Wald:** Stefan Klett, Tel.: 0176 700 96 364, stefan\_klett@gmx.de  
**Westlicher Bodensee:** anneliese Schmech, Tel.:07553 7529

**Bayern**

**Landesverband:** Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393  
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;  
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de,  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi\_reindl@gmx.de;  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

**Thüringen**

**Thüringen:** Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

**Sachsen-Anhalt**

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

**Sachsen**

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Ich zahle: \_\_\_\_\_ Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.abl-ev.de/datenschutz](http://www.abl-ev.de/datenschutz)

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



# Milch für die Welt

Das die Unabhängige Bauernstimme ein Medium der digital natives ist, haben wir doch schon immer gewußt. Im Stall wird gewischt, auf dem Acker gehackt. In fast jeder bäuerlichen Hosentasche findet sich heutzutage neben Taschenmesser und Strohband ein Smartphone, in dessen Mikrofonöffnungen erbarmungslos der Staub kriecht. Deswegen hat man häufig das Gefühl mit Darth Vader zu sprechen, wenn man mit einem Bauern telefoniert. Für all die wichtigen Youtube-Videos von im Matsch versinkenden Maishäckslern oder Hirschhorden am Ackerrand brauchen wir 4 G an jeder Milchkanne! Vor allem aber brauchen wir wirklich smarte Videos über Milch(kannen). Deshalb sei allen, die mobilfunkmäßig nicht im Tal der Ahnungslosen gefangen bleiben wollen der neue Film der AbL und Germanwatch ans Herz gelegt. Im dazu erschienen Begleittext heißt es: „Viele Höfe mussten und müssen aufgeben aufgrund der Überproduktion und des Preisdrucks. In Deutschland werden die



Folgen dieser Agrarpolitik wie Höfersterben, nitratbelastete Gebiete, Rückgang der Weidehaltung und des Artenschutzes, Art der Tierhaltung sowie fortschreitender Klimawandel kritisch diskutiert. Gleichzeitig steigen die Ex-

porte: Von 2011 bis 2017 sind etwa die Milchpulverexporte aus der EU um 50 Prozent gestiegen auf 780.000 Tonnen. Teile davon werden auch in Entwicklungsländer exportiert und können dort lokale Strukturen zerstören. Die

Agrarpolitik muss dringend verändert werden, weg von der Exportoffensive hin zu einer Qualitätsstrategie. Für die anstehende EU-Agrarreform bietet das AbL-Papier: „Vorschlag für eine gerechte Agrarpolitik nach 2020“ wichtige Ansätze, ebenso das Papier der Verbändeplattform: „Kernforderungen zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020“, das insbesondere den Schulterchluss von Bäuerinnen und Bauern mit der Zivilgesellschaft untermauert.“ *bet/cs*



*Nicht wegwischen sondern hinweisen und gucken. Kurzfilm und Positionspapiere auf: [abl-ev.de](http://abl-ev.de)  
Der Film ist gefördert von Engagement Global mit finanzieller Unterstützung des Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Für die dargestellten Inhalte sind allein die AbL und Germanwatch verantwortlich.*

## **unabhängige** bauernstimme: sucht nach Zusammenhängen

05/2019

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.